



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 20.09.2024 bis 27.09.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Bangladesch: Situation der Christen	4
Bangladesch: Studentenproteste	6
Bergkarabach: Ein Jahr ethnische Säuberung - Appell an den Bundesrat	7
Burkina Faso: Islamisten töten 26 christliche Männer	8
Deutschland: Internationale Gemeinden finden Bibelkritik befremdlich	9
Deutschland: Marsch für das Leben 2024	10
Deutschland: Missbrauchsopfer kritisieren Aufarbeitung	12
Deutschland: Strafverfahren gegen Olaf Latzel endgültig eingestellt	13
Deutschland: „Sarco“	14
Haiti: Situation hat sich in keiner Weise verändert	15
Indien: Oberster Gerichtshof verhandelt Fall mit religiösen Massenbekehrungen	17
Indonesien: Größte Jesus-Statue weltweit steht in Indonesien	18
Iran: Geheimdienstministerium hält christliche Konvertitin fest	19
Israel: Freies Geleit für Sinwar	20
Israel: Hisbollah-Rakete löst Alarm in Tel Aviv aus	21
Israel: Katz appelliert an Weltsicherheitsrat	22
Kongo: Zwei Kirchen nach Schändung durch Rebellen geschlossen	23
Libanon: Maronitischer Patriarch bittet UN-Sicherheitsrat um Intervention	24
Libanon: Nach Pager-Anschlägen	25
Mali: Terroristische Anschläge in Bamako haben weltliche und religiöse Hintergründe	26
Moldawien: Gelungene Kinderfreizeiten	27
Nahostkonflikt: Es fehlt am „Wort der religiösen Führer vor Ort“	28
Nigeria: 30 Gläubige entführt, drei getötet	29
Nigeria: Der Hass zu Hause	30
Pakistan: 16-jährige entführt und zwangskonvertiert	31
Pakistan: Christin wegen Blasphemie auf WhatsApp zum Tode verurteilt	33
Pakistan: Todesurteil gegen Christin wegen angeblicher Blasphemie	34
Peru: Zweisprachiger Unterricht für indigene Völker	35
Sri Lanka: Präsidentschaftswahl	37
Sudan: Humanitäre Lage außer Kontrolle	38
Sudan: Weißes Haus fordert ein Ende des brutalen Krieges	39

Ukraine: Dienst unter Binnenflüchtlingen

40

Weltweit: Lausanner Bewegung veröffentlicht „Erklärung von Seoul“

41

Bangladesch: Situation der Christen

Apostolischer Nuntius über Hilfen für Rohingya-Flüchtlinge

Dhaka (Fides) - „Die Situation in Bangladesch“, wo die Christen nur 0,30 % der Bevölkerung ausmachen, „ist sehr heikel. Im Allgemeinen leben die Christen in einem friedlichen Kontext, aber es hat auch schon Fälle gegeben, in denen sie von ihren Nachbarn schikaniert wurden“, so Erzbischof Kevin Randall, der seit 2023 Apostolischer Nuntius in Bangladesch ist, und von Fides seinem dem jüngsten Treffen mit dem Chef der Übergangsregierung befragt wurde. Mit Fides sprach er über die Gesellschaft des Landes und das Engagement und die Unterstützung der lokalen Kirche und von Papst Franziskus für Rohingya-Flüchtlinge.

Wie ist die Lage in Bangladesch nach den jüngsten Protesten und sozialen Unruhen?

Die Lage in Bangladesch ist sehr heikel. Mit einer Übergangsregierung fragen sich einige, wann es Wahlen geben wird. Andere wollen die Verfassung neu schreiben. Wieder andere sagen, dass eine Übergangsregierung nicht die Befugnis hat, die Verfassung umzuschreiben. In der Zwischenzeit beherrscht die Gewalt der Bürger das Land und die Rechtsstaatlichkeit ist eingeschränkt.

Wie erleben die christlichen Gemeinschaften diesen historischen Moment?

Im Allgemeinen leben die Christen in einem relativ friedlichen Kontext, aber es gab auch schon Fälle, in denen sie von ihren Nachbarn schikaniert wurden. Die Polizei ist machtlos. Nachdem Sheik Hasina das Land verlassen hatte, bekamen viele Beamte Angst und tauchten unter. Sie legten ihre Uniformen ab, um Zivilkleidung zu tragen, und gingen nicht mehr zur Arbeit.

Haben christliche Gemeinschaften im Vergleich zum Rest der Bevölkerung besondere Erwartungen?

Ja, die christliche Gemeinschaft hofft, dass die Übergangsregierung die Minderheiten in dieser Übergangszeit schützen wird. Die Dörfer der Christen sind bedroht, weil es Leute gibt, die sie sich ihr Land aneignen wollen, auch wenn sie der eigenen ethnischen Gruppe angehören. Viele Bürger, ob Christen, Buddhisten oder Hindus, werden als unerwünschte Personen behandelt, „als ob sie Fremde wären“, obwohl sie es nicht sind. Die Verfassung erklärt Bangladesch zu einem säkularen Staat mit einer offiziellen Religion: dem Islam. Es gibt jedoch einige, die den Ausdruck „offizielle Staatsreligion“ mit der Vorstellung verwechseln, dass „Minderheiten hier nicht hingehören“ und dass das Land „ein islamischer Staat“ sei.

Während des Treffens mit Muhammad Yunus, dem Chef der Übergangsregierung, wurde die Notwendigkeit des „Schutzes“ von Minderheiten angesprochen. Woher kommt diese Sorge?

Nach der Volkszählung von 2022 machen die Christen in Bangladesch 0,30 % (etwa 500 000 Gläubige) der Bevölkerung aus. Es gab Fälle von Drohungen gegen Dörfer, Häuser und insbesondere Schulen. In vielen katholischen Schulen gab es Einschüchterungsversuche, bei denen mehreren Lehrern der Rauswurf drohte. Einige Muslime berichteten der Schulverwaltung, dass ihre Kinder sich künftig auf eine bestimmte Art und Weise kleiden würden, insbesondere wenn es sich um Mädchen handelte. Das Tragen der Burka verstößt jedoch gegen unsere Uniformvorschriften. Mit Muhammad Yunus habe ich Fragen angesprochen, die Christen, aber auch Buddhisten und Hindus betreffen. Man darf nicht vergessen, dass die hinduistische Minderheit etwa 8 % ausmacht. Viele ihrer Tempel wurden zerstört und ihre Geschäfte niedergebrannt. Und der Chef der Übergangsregierung stimmte zu, dass alle Minderheiten geschützt werden müssen, und versprach, dass er versuchen werde, ein Gesetz zu schaffen, das für Ordnung sorgen kann.

Kürzlich wurde die Einrichtung eines Gremiums für den interreligiösen Dialog zwischen dem Heiligen Stuhl und den Gelehrten des Islam in Bangladesch vorgeschlagen. Wie wurde diese Idee aufgenommen?

Die Idee, einen interreligiösen Dialog zu führen, stammt nicht von mir. Das Dikasterium für den interreligiösen Dialog hat schon vor Jahren in einem Schreiben darum gebeten, als Kardinal Jean-Louis Tauran der Leiter des damaligen Päpstlichen Rates für den interreligiösen Dialog war. Tauran selbst sprach während einer seiner Besuche hier in Bangladesch mit der ehemaligen Premierministerin Sheik Hasina darüber. Ich habe diese Idee schon bei Sheik Hasina wieder aufgegriffen, und vor kurzem habe ich nun auch Muhammed Yunus und sein Team gebeten, konkret über diese Möglichkeit nachzudenken. Das Konzept wurde gut aufgenommen, aber ich glaube, sie haben zurzeit andere Sorgen.

Gibt es bereits konkrete Schritte in Richtung dieses Projekts?

Nein, aber wir können sie vorgeschlagen. Aber wir können sie nicht erzwingen. Anders als in den Vereinigten Arabischen Emiraten, wo Papst Franziskus das Dokument über Brüderlichkeit unterzeichnete, oder in Indonesien, wo er Papst vor kurzem ein neues Dokument über Toleranz unterzeichnete und den er den „Tunnel der Freundschaft“ lobte, der die Kathedrale mit der Moschee in Jakarta verbindet, findet der interreligiöse Dialog in Bangladesch nicht viel Unterstützung, auch wenn er auf der Ebene der akademischen Diskussionen stattfindet.

In Bezug auf die humanitäre Hilfe für die Rohingya-Flüchtlinge hat Mohammed Yden angeblich Vatikan um Unterstützung gebeten. Wie kann dieser Bitte nachgekommen werden?

Der Chef der Übergangsregierung hat nicht direkt um die Hilfe des Heiligen Stuhls gebeten, wie in verschiedenen Medien berichtet wurde. Er bat um die Unterstützung des Heiligen Stuhls bei den Reformen, die er und seine Regierung durchführen wollen, aber nicht um finanzielle Hilfe, auch nicht für die Rohingya.

Ich war es, der im Namen des Papstes darum bat, den Rohingya weiterhin zu helfen und sie zu schützen. Ich erklärte, dass die Caritas-Organisation der katholischen Kirche den Vertriebenen seit 2017 kontinuierlich hilft, dass aber die Mittel schwinden. Bevor ich nach Bangladesch reiste, bat mich Papst Franziskus, die Rohingya nicht zu vergessen. Diese Flüchtlinge haben in ihrem eigenen Land Gewalt erlebt und kamen nach Bangladesch, um um Hilfe zu bitten. Doch leider werden die Rohingya von der lokalen Bevölkerung als ethnische und religiöse Gruppe angesehen, die zu „diesem Land“, Bangladesch, gehört.

Kardinal Patrick D'Rozario und ich haben ihnen einen offiziellen Besuch abgestattet. Die Lebensbedingungen sind sehr schwierig. Kinder und Jugendliche erhalten keine Schulbildung. Außerdem müssen laut Gesetz 25 Prozent unserer Hilfe an die bengalische Gemeinschaft gehen. Ich freue mich jedoch, ankündigen zu können, dass der Papst weitere finanzielle Hilfe schickt. Diese Geste von ihm wird vielen helfen.

(Fides 26/9/2024) Von Fabio Beretta

Bangladesch: Studentenproteste

Bischof Subroto Gomes: Studentenproteste müssen sich im Rahmen des Rechtsstaates bewegen

Dhaka (Fides) - „Die Situation, in der wir uns nach der politischen und sozialen Krise vom vergangenen August befinden, ist heikel. Es gibt immer noch Spannungen in der Gesellschaft, es gibt Proteste, besonders von Seiten der Jugend. Die massiven Studentenproteste haben die Premierministerin dazu veranlasst, das Land zu verlassen und ins Ausland zu fliehen. Die neue Übergangsregierung unter der Leitung von Mohamed Yunus hat nun die schwierige Aufgabe, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wunden zu heilen, das Vertrauen wiederherzustellen, aber auch die Rechtsstaatlichkeit aufrechtzuerhalten, denn es gibt auch einige besorgniserregende Anzeichen“, so der Weihbischof der Erzdiözese Dhaka, Subroto Boniface Gomes, im Gespräch mit Fides.

Der Bischof weist auf mögliche „Gefahren“ hin, die sich aus den Schüler und Studentenprotesten ergeben. „In einigen katholischen Schulen in der Diözese Dhaka haben die Schüler beispielsweise versucht, die Entlassung einiger Lehrer zu erzwingen, die ordnungsgemäß von der Schulverwaltung ausgewählt und bezahlt werden, nur weil sie ihrer Meinung nach nicht mit dem neuen Kurs übereinstimmten oder weil sie es in irgendeiner Weise gewagt hatten, den Schülerprotest zu kritisieren. Dies führte zu einer Krise in unseren Schulen, die zu 95 % von muslimischen oder nicht-christlichen Schülern besucht werden“, erklärt er. „Angesichts des Versuchs, diese oder andere Maßnahmen mit Gewalt durchzusetzen, wie z. B. die Zulassung von Burka tragenden Mädchen in der Schule, beschloss der Erzbischof zunächst in einer durchschlagenden Entscheidung, zwei Schulen zu schließen. Die eine war eine Mädchenschule, die andere wird von den Brüdern vom Heiligen Kreuz geführt. Das gemeinsame Eingreifen des Elternausschusses, der Religionsvertreter und des Schulpersonals ermöglichte einen Dialog, eine friedliche Lösung der Krise und die Wiedereröffnung der Schulen. Wir konnten nicht von unseren Werten und Prinzipien abrücken. Aber es ist ein Beispiel dafür, dass die legitimen Rechte von Schülern nicht die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit oder die Rechte anderer beeinträchtigen und untergraben dürfen“, so Bischof Gomes. Ein weiterer Aspekt, den es zu beobachten gilt, „ist die Rückkehr oder Neugründung radikal-islamischer Gruppen und Parteien, die das Leben religiöser Minderheiten beeinträchtigen oder eine Islamisierungsagenda fördern könnten“. „Wir müssen in dieser Hinsicht wachsam sein, denn die Versuchung des Extremismus steht vor der Tür. Es ist wichtig, die Gesellschaft nicht zu polarisieren. Wir vertrauen darauf, dass die neue Regierung Yunus das Ruder im Sinne der Wahrung der demokratischen Grundsätze, der Achtung der Verfassung und der Grundfreiheiten für alle Bürger, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit, wendet“, so der Bischof.

Im Juli dieses Jahres gingen Tausende von Studierenden gegen die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs auf die Straße, ein umstrittenes Quotensystem für den Zugang zu begehrten Regierungsstellen wieder einzuführen. Die Regierung der Premierministerin Shehik Hasina reagierte auf die Demonstrationen mit dem Einsatz von Polizei und paramilitärischen Kräften, die in die Menge schossen. Die Proteste wurden so zu einer Bewegung gegen Hasina und seine Partei, die Awami-Liga, die das Land seit 15 Jahren regiert und dabei häufig politische Gegner und Dissidenten delegitimiert oder verhaftet hat. Die offizielle Zahl der Opfer der Unterdrückung beläuft sich auf etwa 1.000 Tote und Hunderte von Verletzten. Am 5. August floh die Regierungschefin schließlich ins Ausland und suchte Zuflucht in Indien. Die Armee löste daraufhin das Parlament auf und ernannte den 84-jährigen Wirtschaftswissenschaftler Muhammad Yunus, der als „Bankier der Armen“ bekannt ist, zum Chef einer Übergangsregierung. Er ist bekannt für die „Grameen Bank“, die sich auf das Mikrokreditsystem spezialisiert hat und für die er 2006 den Friedensnobelpreis erhielt. Seine Exekutive leitet nun eine heikle Übergangsphase bis zu den Neuwahlen.

(PA) (Fides 24/9/2024)

Bergkarabach: Ein Jahr ethnische Säuberung - Appell an den Bundesrat

Gemeinsame Medienmitteilung vom Rat der armenischen und armenophilen Vereine der Schweiz (CAAS), von Christian Solidarity International (CSI) und elf weiteren NGOs am 19. September 2024

Am Vorabend des Jahrestages des vernichtenden Angriffs Aserbaidschans auf die De-facto-Republik Bergkarabach (Arzakh) am 19. September 2023 fordert eine Allianz von 13 Menschenrechtsorganisationen und NGOs den Bundesrat auf, Aserbaidschan— Gastgeber der Weltklimakonferenz (COP29) im November— für die an den Armeniern begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Rechenschaft zu ziehen.

Vor einem Jahr wurden mehr als 100'000 Armenier nach einer fast zehnmönatigen Blockade aus ihrer Heimat Bergkarabach vertrieben. Derzeit sind 23 Armenier aus Bergkarabach, darunter acht ehemalige politische und militärische Führer, illegal in aserbaidschanischen Gefängnissen inhaftiert. Gleichzeitig hat die Zerstörung des armenischen Kulturerbes vor Ort begonnen. Es ist inakzeptabel, dass Aserbaidschan durch die UN-Klimakonferenz COP29 vom 11. bis 22. November in Baku, von seinen Verbrechen reingewaschen wird. Zahlreiche kantonale und eidgenössische parlamentarische Vorstösse fordern, dass die bundesrätliche Delegation in Baku zusammen mit anderen Regierungsdelegationen die ethnischen Säuberungen in Bergkarabach thematisiert und die Freilassung der 23 armenischen Kriegsgefangenen fordert.

Gleichzeitig warnen Menschenrechtsverteidiger vor weiteren Übergriffen. Mehrfach hat der aserbaidschanische Präsident Ilham Alijew das Gebiet der Republik Armenien öffentlich als West-Aserbaidschan bezeichnet und beansprucht. In den Jahren 2016, 2020 und 2022 testete Aserbaidschan mit militärischen Angriffen die Akzeptanz der internationalen Gemeinschaft für solche Invasionen, ohne dabei eine Reaktion zu provozieren. Es ist daher zu befürchten, dass Aserbaidschan nach der COP29 seine Angriffe auf die Republik Armenien fortsetzen wird.

Wie in der ehemals von Armeniern bewohnten Enklave Nachitschewan, wo Aserbaidschan fast das gesamte armenische Kulturerbe zerstört hat, ist zu befürchten, dass das armenische Kulturerbe in Bergkarabach das gleiche Schicksal erleiden wird. Aserbaidschan hat angekündigt, alle in den letzten 32 Jahren errichteten armenischen Gebäude in Bergkarabach zu zerstören. Es ist dringend notwendig, die Kontakte und den Austausch innerhalb der Zivilgesellschaft zu fördern, insbesondere um die in Aserbaidschan bestehenden Vorurteile gegenüber Armenien abzubauen. Wie der Europarat und der Internationale Gerichtshof betont haben, werden diese vom Alijew-Regime und den von ihm kontrollierten Medien systematisch geschürt.

Wir fordern den Bundesrat auf, die Freilassung aller armenischen Geiseln zu verlangen und seine Unterstützung für das Recht der Armenierinnen und Armenier von Bergkarabach auf Rückkehr in ihre Heimat zu bekräftigen. Es ist wichtig, dass die Schweizer Delegation diese Forderungen an der COP29 zur Sprache bringt.

Rat der armenischen und armenophilen Vereine der Schweiz— CAAS | Christian Solidarity International (CSI) | Armenian Constitutional Right-Protective Centre (ACRPC) | Armenian Bar Association | Armenian National Committee of America (ANCA) | American Friends of Kurdistan (AFK) | Armenian Legal Center for Justice and Human Rights (ALC) | Armenian Relief Society (ARS) | Anglican Office for Government & International Affairs (AOGIA) | European Centre for Law and Justice (ECLJ) | Humanitarian Aid Relief Trust (HART) | Hellenic-American Leadership Council (HALC) | In Defense of Christians (IDC)

Burkina Faso: Islamisten töten 26 christliche Männer

IIRF-D/BA/Tübingen/26.09.24 - Islamistische Kämpfer haben bei einem bewaffneten Angriff auf eine Kirche in der Provinz Banwa im Westen von Burkina Faso nahe der Grenze zu Mali 26 christliche Männer getötet.

[Der Angriff fand](#) am 25. August während eines Morgengottesdienstes in dem kleinen Dorf Kounla statt. Beim Betreten der Kirche befahlen die Kämpfer den Frauen und Kindern, die Kirche zu verlassen. Sie nahmen 26 Männer gefangen, bevor sie jeden einzelnen von ihnen töteten.

Die Islamisten gehörten der Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin (JNIM) an, einer westafrikanischen Terrorgruppe, die mit Al-Qaida verbunden ist.

Die Angreifer setzten dann Häuser in Brand und stahlen Vieh, bevor sie das Dorf verließen. Zwei der Kämpfer wurden Berichten zufolge getötet, nachdem sie versehentlich einen improvisierten Sprengsatz gezündet hatten, den sie zuvor gelegt hatten.

Die überlebenden Dorfbewohner haben in der nahe gelegenen Stadt Sanaba Zuflucht gesucht.

Islamisten (darunter JNIM und die Provinz des Islamischen Staates in der Sahelzone) führen in Burkina Faso seit neun Jahren einen gewalttätigen Feldzug, der sich auch gegen Christen und Kirchen richtet.

Bei einem Angriff auf eine Kirche in der Provinz Oudalan im [Februar 2024](#) kamen 15 Gläubige ums Leben.

Mehr als zwei Millionen Menschen wurden aus ihren Häusern vertrieben und Tausende wurden während des Aufstands getötet, der begann, als islamistische Extremisten in Mali und Niger 2015 in den Norden Burkina Fasos vordrangen.

Dschihadisten kontrollieren heute mehr als 40 % des Staatsgebiets.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/islamists-kill-26-christian-men-at-burkina-faso-church/>

Deutschland: Internationale Gemeinden finden Bibelkritik befremdlich

Konvent der Evangelischen Allianz: Von Christen im globalen Süden lernen

Bad Blankenburg (IDEA) – Eine kritische Haltung gegenüber der Bibel wirkt auf die Mitglieder der internationalen Gemeinden in Deutschland oft befremdlich. Das sagte der Dezernent für Gemeinden unterschiedlicher Sprache und Herkunft und Interkulturelle Öffnung in der rheinischen und westfälischen Kirche, Mike Lee (Düsseldorf), beim Konvent der Evangelischen Allianz in Deutschland (EAD) in Bad Blankenburg. Dem Gremium gehören rund 70 Vertreter von Werken, Verbänden und Ortsallianzen an. Lee äußerte sich in einem Referat zu dem Thema „Was kann denn schon aus dem globalen Süden Gutes kommen? – Chancen und Herausforderungen internationaler Gemeinden für Theologie und Kirchen“. Die schrumpfenden Kirchen des globalen Nordens könnten von den Christen im Süden lernen, deren Zahl stark wachse, sagte Lee. Als Beispiel nannte er die intensive Gebetspraxis internationaler Gemeinden und ihre natürliche Bereitschaft zur Mission. In den internationalen Gemeinden gebe es außerdem eine grundsätzliche Hochachtung gegenüber „heiligen Büchern“. Ein historisch-kritisches Schriftverständnis, wie es von vielen Theologen aus dem globalen Norden vertreten wird, könnten sie deshalb oft nicht nachvollziehen. Weiter erklärte Lee, angesichts der veränderten Verhältnisse in der Weltchristenheit verhielten sich die Christen des Nordens aber tendenziell so, wie die ersten Christen in Jerusalem in neutestamentlicher Zeit: Sie seien „zurückhaltend, skeptisch und auf ihre Dominanz pochend“.

Schink einstimmig wiedergewählt

Bei einer Mitgliederversammlung der EAD wurde Vorstand Reinhardt Schink (München), der die EAD zusammen mit Frank Heinrich (Chemnitz) leitet, einstimmig für eine weitere Legislaturperiode von sechs Jahren gewählt. Die Evangelische Allianz in Deutschland (EAD) mit Sitz in Bad Blankenburg (Thüringen) ist ein Netzwerk von Christen aus verschiedenen Kirchen und Gemeinschaften. Dazu gehören etwa 900 örtliche Kreise, in denen Christen aus landes- und freikirchlichen Gemeinden, Organisationen und Werken zusammenarbeiten. Die EAD gehört zur Weltweiten Evangelischen Allianz, die etwa 600 Millionen Christen in 143 Ländern umfasst.

Deutschland: Marsch für das Leben 2024

Für eine lebensbejahende Gesellschaft

Zum 20. Mal zogen Abtreibungsgegner beim „Marsch für das Leben“ durch Berlin. Gegendemonstranten stürmten bei der Abschlussveranstaltung die Bühne.

Mehrere tausend Lebensschützer haben am Samstag beim 20. „Marsch für das Leben“ rund um das Brandenburger Tor gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche und gegen Sterbehilfe demonstriert. Der [Bundesverband Lebensrecht](#) (BVL) als Veranstalter sprach von 4.500 bis 5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die Polizei schätzte die Zahl auf einige Tausend „im unteren vierstelligen Bereich“. An der Gegendemonstration für das Recht auf Abtreibungen beteiligten sich laut Polizei mehrere Hundert Menschen.

Die BVL-Vorsitzende, Alexandra Linder, kritisierte, „die Geburtenzahlen gehen runter, die Abtreibungszahlen steigen“. Zugleich müssten tausende Frauen nach einem Platz in den immer weniger werdenden Geburtsstationen suchen. „Wir wollen eine lebensbejahende Gesellschaft“, sagte Linder. Beim Lebensrecht gehe es um Inklusion, um den Schutz von Menschen am Anfang und Ende ihres Lebens, um die Hilfe für bedrängte und bedrohte Menschen in schwierigen Lebenssituationen.

Päpstliches Grußwort: „Jeder ist gewollt“

An der Kundgebung beteiligten sich auch in diesem Jahr wieder Vertreter der katholischen Kirche, darunter der Regensburger Bischof [Rudolf Vorderholzer](#), der Eichstätter Bischof Gregor Maria Hanke und der Berliner Weihbischof Matthias Heinrich. Der Vertreter des Papstes in Deutschland, Erzbischof Nikola Eterovic, erklärte in einem [Grußwort](#), beim „Marsch für das Leben“ verbänden sich Menschen guten Willens aus unterschiedlichen Religionen, Konfessionen, Weltanschauungen und politischen Strömungen zu einem friedlichen Statement: „Jeder ist gewollt, jeder ist geliebt, jeder ist gebraucht!“

Im Rahmen der Kundgebung präsentierten Mitglieder der brasilianischen Lebensgemeinschaft „Comunidade de Jesus Menino“ ihre Arbeit. Die Gemeinschaft organisiert die Adoption behinderter Kinder, die von ihren Eltern verstoßen wurden. Ihr Gründer [Tônio Tavares](#) (Englisch) hat 46 Kinder und Jugendliche adoptiert. Der kanadische Ethiker Pablo Muñoz Iturrieta sprach laut BVL über die ethische und universale Perspektive des Lebensrechts. Er unterstützt im US-Wahlkampf den republikanischen Kandidaten Donald Trump.

Während der Abschlusskundgebung stürmten mehrere Gegendemonstranten die Bühne ([Video](#)). Sie skandierten „My body, my choice, raise your voice!“ (Deutsch: Mein Körper, meine Wahl, erhebe deine Stimme) und versuchten ein Transparent zu entrollen. Die Polizei verhinderte dies und führte die Störer von der Bühne.

Parallelveranstaltung in Köln

Zeitgleich fand auch in Köln zum zweiten Mal der „Marsch für das Leben“ statt. Rund 2.000 Menschen nahmen daran teil. John Deighan, Geschäftsführer der „Society for the Protection of Unborn Children“ (SPUC), berichtete von seiner Arbeit in Großbritannien. Fabian, ein junger Mann mit Down-Syndrom, gab ein Statement für das Leben und das Recht auf Leben ab. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe wies auf die steigende Selektion von Kindern mit genetischen Besonderheiten hin.

Im Gegensatz zur Veranstaltung in Berlin war die Zahl der Gegendemonstranten in Köln höher – laut Polizei rund 2.500. Sie brachten den „Marsch für das Leben“ durch Blockaden mehrmals zum Stillstand.

Gegendemonstranten: Paragraf 218 streichen

Die Gegendemonstranten skandierten unter anderem „Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat“ und forderten die Streichung des [Paragrafen 218](#) aus dem Strafgesetzbuch. Die aktuelle Regelung entmündige einen großen Teil der Bevölkerung in ihren persönlichen körperlichen Entscheidungen. Nach Paragraf 218 kann ein Schwangerschaftsabbruch mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden.

Kritiker des Marschs werfen den Initiatoren neben der unterschiedlichen Auffassung beim Thema Abtreibung vor, dass Christen beim „Marsch für das Leben“ gemeinsam mit Rechten und Rechtsextremen marschierten. So zählt die AfD-Fraktion im Bundestag zu den [Unterstützern](#) des Marschs. Die AfD-Politikerin Beatrix von Storch war laut [Tagesspiegel](#) unter den Teilnehmenden.

Antifeminismus nehme eine Scharnierfunktion zwischen konservativen, christlich-fundamentalistischen und extrem rechten Gruppen ein, sagt Ronja Heukelbach von „Spotlight“ gegenüber dem Kölner Stadt-Anzeiger. Das Projekt, das sich mit den Gefahren von Antifeminismus befasst, wird von Land und Bund gefördert. „Der „Marsch für das Leben“ sei problematisch, weil dessen Unterstützer „darauf hinarbeiten, die reproduktive Selbstbestimmung zu untergraben.“

ALFA kritisiert Stimmungsmache gegen Lebensschützer

Cornelia Kaminski von der „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALFA) [kritisierte](#) dagegen die „Diffamierung von Lebensrechtlern“. Das ZDF hatte in seiner Reportage [Glaube, Macht, Ideologie – das gefährliche Netz der Abtreibungsgegner](#) vor dem Einfluss rechtsextremer Gruppierungen auf Abtreibungsgegner gewarnt. ALFA bekenne sich zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Verfassung“, so Kaminski, sei überparteilich und überkonfessionell und lasse sich politisch weder rechts noch links verorten.“ Kaminski weiter: „„Der als ‚investigative Reportage‘ getarnte Beitrag ist in Wirklichkeit der so schamlose wie durchsichtige Versuch, zweier mit der Abtreibungslobby sympathisierenden Autoren, Bürger, die sich öffentlich für das Recht auf Leben wehrloser und unschuldiger Kinder im Mutterleib einsetzen, als ‚rechtradikal‘ zu etikettieren.“

Schutz des ungeborenen Lebens im Grundgesetz

Das Grundgesetz verpflichtet den Staat in Artikel 1 zum Schutz des ungeborenen Lebens. Dies hatte der wissenschaftliche Dienst des Bundestags zuletzt 2018 in einem „Sachstand“ zum Thema [unterstrichen](#). Darin heißt es:

„Durch das Grundgesetz werden dem Staat nicht nur unmittelbare Eingriffe in das menschliche Leben untersagt, er wird zugleich verpflichtet, sich schützend und fördernd vor jedes menschliche Leben zu stellen. Dies umfasst auch das ungeborene Leben.“ Und weiter: „Die Schutzpflicht beginnt [...] mit der Einnistung des befruchteten Eis in der Gebärmutter [...], denn fortan handelt es sich um ein individuelles, genetisch einmaliges und nicht mehr teilbares Leben. Das Ungeborene wird im Wachstumsprozess nicht erst zum Menschen, sondern entwickelt sich als solcher weiter [...]. Das ungeborene Leben ist mithin bereits Träger von Grundrechten. Eine Verletzung seiner Menschenwürde aus Art. 1 Abs. 1 GG kann verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigt werden“

Quellen: epd, Tagesspiegel, X, Kölner Stadt-Anzeiger, Aleteia.org, ALFA und Jesus.de

Deutschland: Missbrauchsoffer kritisieren Aufarbeitung

Kirchenkreis Lüdenscheid: Sie sei von der Kirche „aktiv verhindert worden“

Lüdenscheid (IDEA) – Opfer von sexuellem Missbrauch durch einen früheren Jugendmitarbeiter im Evangelischen Kirchenkreis Lüdenscheid-Plettenberg haben massive Kritik an der Aufarbeitung der Fälle durch die Kirche geübt. Die Betroffenen äußerten sich in einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“. Hintergrund: Der ehrenamtliche Mitarbeiter hatte jahrzehntelang seine Tätigkeit im CVJM Lüdenscheid und in der Evangelischen Kirchengemeinde Brügge-Lösenbach ausgenutzt, um Jugendliche sexuell zu missbrauchen. Betroffen waren über 20 Jungen. Nach dem Bekanntwerden der [Vorwürfe](#) im Juli 2020 beging der Beschuldigte Selbstmord. Die Gemeinde, der Kirchenkreis, die Evangelische Kirche von Westfalen und die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe gründeten ein „Interventionsteam“, das die Taten untersuchen und aufarbeiten sollte. Eine im März vorgestellte [Studie](#) des Instituts für Praxisforschung und Projektberatung (IPP/München) kam zu dem Ergebnis, das die Aufarbeitung gescheitert sei.

Betroffener: „Aufarbeitung aktiv verhindert“

Gegenüber dem Spiegel erklärte ein Betroffener, die Aufarbeitung sei „aktiv verhindert worden“. Zwar habe die Kirche „aufrichtiges Interesse simuliert“, aber die getroffenen Maßnahmen hätten keine nennenswerten Folgen gehabt. So habe die Kirche keine personellen Konsequenzen gezogen und Mitwisser davonkommen lassen. Der jahrzehntelange Missbrauch werde „behandelt wie eine Art Büroversehen, gegen das man nichts mehr machen kann“. Ein weiterer Betroffener berichtete, er habe bereits in den 1980er Jahren einen Pfarrer über den Missbrauch informiert, der aber abgewiegelt und nichts unternommen habe. Laut dem Bericht wurde er ebenso wenig dienstrechtlich belangt wie zwei weitere Pfarrer, denen Vertuschung und Mitwisserschaft vorgeworfen wurde.

„Wir haben getan, was möglich war“

Der Kirchenkreis Lüdenscheid-Plettenberg wies gegenüber dem Spiegel den Vorwurf zurück, es habe bei den Kirchenleitungen kein Interesse an der Aufarbeitung gegeben. Es seien sofort Maßnahmen ergriffen worden und Vertreter der Kirche seien „kontinuierlich im Gespräch mit den Betroffenen gewesen“. Das Interventionsteam habe „in den Monaten nach Bekanntwerden des Verdachts intensive und engagierte Arbeit geleistet“. Die frühere Missbrauchsbeauftragte der westfälischen Landeskirche, Daniela Fricke, erklärte: „Wir haben getan, was möglich war.“ Die Disziplinarverfahren gegen die Pfarrer hätten eingestellt werden müssen, weil keine Amtspflichtverletzung nachweisbar gewesen sei.

Deutschland: Strafverfahren gegen Olaf Latzel endgültig eingestellt

Er hat die Geldauflage an das „Rat&Tat-Zentrum für queeres Leben“ gezahlt

Bremen (IDEA) – Das Strafverfahren gegen den Pastor der Bremer St. Martini-Gemeinde, Olaf Latzel, ist endgültig eingestellt. Das erklärte der Pressesprecher des Landgerichts Bremen, Jan Stegemann, auf Anfrage der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Zum Hintergrund: In dem Berufungsprozess gegen Latzel wegen angeblicher Volksverhetzung am Landgericht Bremen hatten sich am 28. August Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigung geeinigt, das Verfahren gegen Geldauflage [einzustellen](#). Aufgrund der Verabredung sollte Latzel 5.000 Euro an die Organisation „Rat&Tat-Zentrum für queeres Leben“ in Bremen zahlen. Das Verfahren wurde bis zur Zahlung dieser Summe zunächst vorläufig eingestellt. Nachdem Latzel jetzt die Auflage erfüllt habe, sei die endgültige Einstellung erfolgt, so Stegemann.

Strafverfahren dauerte fast vier Jahre

Damit ist das Strafverfahren nach fast vier Jahren ohne Urteil zu Ende gegangen. Latzel gilt damit nicht als vorbestraft. Der Fall sollte eigentlich vor dem Landgericht neu verhandelt werden, weil das Oberlandesgericht Bremen am 23. Februar 2023 einen Freispruch des Landgerichts Bremen [aufgehoben](#) hatte. Das Landgericht hatte den Pastor am 20. Mai 2022 vom Vorwurf der Volksverhetzung [freigesprochen](#). Damit war das erstinstanzliche Urteil gegen Latzel gekippt worden. Darin hatte ihn das Amtsgericht Bremen am 25. November 2020 wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 8.100 Euro (90 Tagessätze) [verurteilt](#).

Disziplinarverfahren geht weiter

Unabhängig von den Strafverfahren ist das Disziplinarverfahren der Bremischen Evangelischen Kirche gegen Latzel. Es soll nach einem Beschluss des Kirchenausschusses (Kirchenleitung) wieder [aufgenommen](#) werden. Es war im Jahr 2020 wegen der Anklage gegen Latzel eröffnet worden. Nachdem ihn das Amtsgericht Bremen in erster Instanz wegen Volksverhetzung verurteilt hatte, wurde er im Dezember 2020 vorläufig des Dienstes enthoben. Im April 2021 nahm die Kirchenleitung die Dienstenthebung zurück. Sie folgte damit einer „dringenden Empfehlung“ der Disziplinarkammer (Kirchengericht) der Landeskirche. Grund für beide Verfahren waren Aussagen des Pastors in einem Eheseminar seiner Gemeinde im Oktober 2019. Darin hatte er unter anderem Homosexualität als eine „Degenerationsform der Gesellschaft“ bezeichnet und gesagt: „Diese Homolobby, dieses Teufliche kommt immer stärker, immer massiver, drängt sich immer mehr hinein.“ Latzel entschuldigte sich später für die Aussagen und löschte die Aufzeichnung seiner Ansprache im Internet.

Deutschland: „Sarco“

Seit Monaten wird in der Schweiz über den Einsatz einer Suizidkapsel gestritten. Jetzt wurde sie zum ersten Mal eingesetzt – obwohl die Innenministerin sie zuvor als nicht rechtskonform eingestuft hatte

Ein Kommentar der Bundesvorsitzenden der „Aktion Lebensrecht für Alle“ (ALfA/Augsburg), Cornelia Kaminski (Fulda)

(IDEA) – Seit einiger Zeit sorgt die Todeskapsel „Sarco“ für Aufsehen. Sie sieht aus wie ein futuristischer Sarg, und das kommt nicht von ungefähr: Wer sich dort hineinlegt, kann auf Knopfdruck Stickstoff in die Kapsel leiten und sich so selbst töten. Das hat eine 64-jährige US-Amerikanerin am 23. September zum ersten Mal getan. Das löste den Einsatz der Staatsanwaltschaft aus, die am Tatort ihre Leiche vorfand und mehrere Personen verhaftete. Der Vorwurf lautet Verleitung und Beihilfe zum Selbstmord. Zu den Verhafteten gehört auch der Co-Präsident der Schweizer Sarco-Organisation „The Last Resort“ (Der letzte Ausweg), Florian Willet.

Der Zeitpunkt ist kein Zufall

Man kann davon ausgehen, dass das „Sarco“-Team den Todeszeitpunkt sehr bewusst gewählt hat. Am selben Tag hatte die Schweizer Innenministerin Elisabeth Baume-Schneider dem Nationalrat erklärt, dass sie einen Einsatz der Todeskapsel in der Schweiz für rechtswidrig hält. Statt über die Unrechtmäßigkeit der Todeskapsel zu debattieren, steht jetzt dessen erste erfolgreiche Nutzung im Fokus der medialen Aufmerksamkeit. Für das Sarco-Team um Florian Willet, Philip Nitschke, den australischen Erfinder der Kapsel, und seine Partnerin Fiona Stewart ist das sehr erfreulich: Sie haben sich bewusst beeilt, um eine erste erfolgreiche Nutzung vermelden zu können, bevor die gesellschaftliche Stimmung so negativ geworden wäre, dass sie weitere Nutzer abgeschreckt hätte.

Auch die nun erfolgte Verhaftung der Verantwortlichen ist Kalkül. Das Sarco-Team will damit einen Rechtsstreit provozieren. Darin soll die rechtmäßige Nutzung des Sarco in der Schweiz festgestellt werden. Ein entsprechend positives Gutachten aus dem Jahr 2021 liegt dem Team vor.

Gesellschaftliche Bankrotterklärung

Der Sarco ist die greifbare Glorifizierung eines Aktes, der schrecklicher nicht sein könnte. Wer sich selbst tötet, wirft damit Gott und der Gesellschaft das Kostbarste vor die Füße, was er besitzt: sein eigenes Leben. Mag sein, dass es beschwerlich geworden ist, mag sein, dass man des Lebens überdrüssig ist und man daher in einem letzten Akt vermeintlicher Autonomie meint, selbstbestimmt eine endgültige Lösung herbeiführen zu können. Tatsache ist: Jeder Selbstmord hinterlässt ein traumatisiertes Umfeld, in dem nicht wenige Personen anschließend selbst suizidgefährdet sind. In Kanada steigen die Zahlen des assistierten Suizids unaufhörlich – innerhalb von sieben Jahren um 1.500 Prozent. Die Sterbeorganisation Exit, die mit Sarco kooperiert, baut mittlerweile ihr Angebot in Schweizer Pflegeheimen aus. Die Zahl der Exit-assistierten Suizide in Alters- und Pflegeheimen steigt jährlich im zweistelligen Prozentbereich. Das ist keine „positive Entwicklung“, wie es auf der Webseite von Exit heißt, sondern eine gesellschaftliche Bankrotterklärung. Wer einen letzten Akt der totalen Verzweiflung glorifiziert, statt Geld und Forschung in die Suizidprävention zu investieren, begeht ein Verbrechen gegen die Menschenwürde und gegen eine humanitäre Gesellschaft.

Haiti: Situation hat sich in keiner Weise verändert

„Mit Mut und Entschlossenheit setzen wir unser Engagement fort, damit die Menschen eines Tages einen angemessenen Lebensstandard haben“

Pourcine (Fides) - „Obwohl das internationale Rampenlicht auf Haiti längst erloschen ist, Zeitungen und Medien nicht mehr darüber berichten, hat sich die Situation in keiner Weise verändert oder verbessert“. Beklagt der italienische Kamillianerpater Massimo Miraglio, gegenüber Fides in einem Bericht über die Realität, die er bei seiner Rückkehr nach Haiti nach einer langen Zwangspause in Italien vorgefunden hat.

„Trotz der Intervention der UN-Einheiten unter der Leitung der kenianischen Truppe, die am 25. Juni auf der Insel eintrafen und in diesen Tagen durch zusätzliche Soldaten aus Jamaika und Belize verstärkt wurden, ist die Situation immer noch verheerend. Man kann sagen, dass die Präsenz dieser Truppen in Haiti nahezu unwirksam ist. Sie beklagen einen Mangel an Material, Angst vor dem Verlust von Menschenleben und restriktive Einsatzregeln“, so der Missionar.

„In der Tat ist die Hauptstadt Port au Prince weiterhin in der Hand bewaffneter Banden, die Terror unter der Bevölkerung verbreiten. Alle Aktivitäten sind weiterhin nahezu lahmgelegt. Die Eingänge zum Süden und zum Norden der Hauptstadt sind vollständig blockiert, wobei verschiedene Gruppen, die die Menschen auf dem Weg anhalten, Bestechungsgelder verlangen. Dies gilt jedoch nur für öffentliche Verkehrsmittel und Lastwagen, die in vielen Fällen beschlagnahmt werden, anstatt sie durchzulassen. Auch die Ausfahrt nach Jeremie, 200 km südlich der Hauptstadt, ist geschlossen; auf dem Landweg ist es praktisch unmöglich, dorthin zu gelangen. In dieser für die Mehrheit der haitianischen Bevölkerung traurigen Situation beginnt am 1. Oktober das neue Schuljahr“, erklärt Pater Massimo, der seit fast zwanzig Jahren auf der Insel lebt.

„Wir können nicht verschweigen, dass der Beginn des Schuljahres mit großen Befürchtungen und vielen Schwierigkeiten verbunden sein wird. Viele Kinder werden nicht zur Schule gehen, und viele Schulen werden vor allem in Port-au-Prince wegen der Präsenz bewaffneter Banden geschlossen sein. Viele Kinder werden nicht zur Schule gehen können, weil sie nicht das nötige Geld haben, um das Minimum an Schulmaterial zu kaufen. Man bedenke, dass 80 Prozent der Schulen in Haiti privat sind und die Kosten jedes Jahr steigen, während die Familien weiter ins Elend stürzen“, vermutet der Missionar.

Auch in Jeremie - wo die Kamillianer eine Gemeinde haben – sei die Situation dramatisch und viele Kinder seien voraussichtlich nicht in der Lage, das Schuljahr pünktlich am ersten Oktober zu beginnen. „Bücher wie alle Schulmaterialien sind unerschwinglich teuer und kommen nur schwer aus der Hauptstadt. Das Gleiche gilt für Uniformen und Schultaschen für die Schüler. Ein anständiges Paar Schuhe zu finden, um sie zur Schule zu schicken, ist sehr schwierig und teuer geworden. Kurz gesagt, es verspricht ein sehr schwieriges Schuljahr für die Kinder in Haiti zu werden“, fügt Pater Miraglio hinzu. „In unserer Pfarrei in Pourcine, im bergigen Hinterland von Jeremie, werden in diesem Jahr 250 Schüler in der Grundschule und im Kindergarten eingeschult“, erklärt Pater Massimo, der Pfarrer der Gemeinde (siehe Fides 28/9/2023). „Es ist uns gelungen, aus einheimischem Holz, Zelten und Blech zwei sehr einfache kleine Gebäude zu errichten, in denen sechs Klassen der Grundschule und zwei des Kindergartens untergebracht werden sollen. Ebenso mühsam ist es uns gelungen, das Lehrpersonal zu vervollständigen. Sie sind alle sehr jung und die einzigen, die trotz der Aussicht auf ein Gehalt bereit sind, an einem so weit entfernten Ort zu unterrichten. Dies wird das zweite Schuljahr sein, in dem die Schule hier in den Pic-Makaya-Bergen eröffnet wird.“

Unter den verschiedenen Projekten, die die Missionare auf der Karibikinsel verwirklichen wollen, steht für die Kamillianer die Errichtung einer medizinischen Klinik vor Ort an erster Stelle. „Wir würden gerne eine kleine Ambulanz in der Pfarrei einrichten, um den Kranken lange Wege zu ersparen; unser „Foyer Saint Camille“ in Port au Prince ist weit entfernt. Außerdem werden wir noch in dieser Woche mit einer Gruppe kubanischer Ärzte und der Unterstützung einer lokalen Organisation eine mobile Klinik organisieren, mit der wir die Kranken in einer Bergregion erstversorgen und Menschen aus zwei benachbarten Tälern zusammenbringen können. Auch das ist ein mühsames Unterfangen, denn um den Ort zu erreichen, an den wir die Klinik einrichten wollen, sind mehr als vier Stunden Fußmarsch nötig und ebenso lange für den Rückweg auf den Wegen entlang der Hänge, die gerade in dieser Regenzeit sehr gefährlich sind.“

„Dem Charisma unseres Gründers, des heiligen Kamillus, folgend, wollen wir in diesem Gebiet mit Gruppen von chronisch Kranken, Kindern mit Ernährungsproblemen und älteren Menschen arbeiten, die oft verlassen und allein in ihren Häusern sind. Wir hoffen, bis 2025 eine Ambulanz einrichten zu können, wir sind der Organisation „Madian Orizzonti“ der Kamillianer-Missionare von Turin sehr dankbar, die uns mit großer Zuneigung unterstützt, und wir vertrauen auf die Unterstützung vieler anderer Menschen, die uns auf unserem Weg begegnen werden“, betont der Missionar.

„Im Moment ist leider auch die Provinz nicht frei von Problemen aufgrund der enormen Schwierigkeiten bei der Kommunikation mit der Hauptstadt. Es ist sehr kompliziert, Waren aller Art aus Port au Prince zu erhalten, da Haiti ein Land ist, in dem alles sehr zentralisiert ist und alles aus der Hauptstadt kommt. In letzter Zeit ist auch der Transport aus der Provinz in die Hauptstadt Jeremie wegen der steigenden Diesel- und Benzinpreise schwierig“, berichtet er.

„In Pourcine Pic-Makaya in unserer Gemeinde gehen die Arbeiten an der Wasserleitung weiter, wir bringen das Wasser von der Quelle in das Zentrum des Dorfes. Das ist sehr wichtig, nicht nur, weil es die Entfernung zwischen der Quelle und dem Tal, in dem die meisten Menschen leben, verkürzt, sondern vor allem, weil wir das Wasser reinigen und die ständigen und häufigen Epidemien von Cholera und Darmkrankheiten vermeiden/einschränken können. Neben dem Aquädukt werden auch die Arbeiten zur Unterstützung der Landwirtschaft fortgesetzt. Wir hoffen, in den kommenden Monaten eine Baumschule für den Kaffeeanbau in dem Gebiet zu gründen, der in der Vergangenheit für einigen Wohlstand gesorgt hat. Aber wir geben die Hoffnung nicht auf und kämpfen weiter für bessere Lebensbedingungen“, so Pater Miraglio.

„Das Aquädukt, die Schulen, der Kindergarten, die mobilen Kliniken, all das sind wichtige Aspekte, um die Hoffnung der Bevölkerung wiederzubeleben und dafür zu sorgen, dass sich ihre Lebensbedingungen verbessern und die Menschen davon abgehalten werden, diese Städte auf dem Land zu verlassen, um sich in der Metropole oder in den Provinzstädten zu konzentrieren, die wie Jeremie bereits überfüllt sind und in denen es keine Möglichkeit gibt, diesen Menschen, die das Land verlassen, um in die Stadt zu kommen, Arbeit und Hoffnung zu geben. Mit Mut und Entschlossenheit setzen wir unser Engagement an der Seite dieser Landbevölkerung fort, wir versuchen, sie in ihrem Glauben zu unterstützen, sie zu begleiten, damit sie eines Tages einen angemessenen Lebensstandard haben können“, bekräftigt er abschließend.

(Fides 25/9/2024 Von Antonella Prenna)

Indien: Oberster Gerichtshof verhandelt Fall mit religiösen Massenbekehrungen

International Christian Concern - Ein heftiger und langwieriger Rechtsstreit wird vor dem Obersten Gerichtshof Indiens (SCI) geführt, in dem es um den „Schutz vor Verhaftung“ geht, der mehreren Spitzenbeamten einer renommierten landwirtschaftlichen Universität gewährt wurde, die der massenhaften religiösen Bekehrung im nördlichen Bundesstaat Uttar Pradesh (UP) beschuldigt werden.

Der Bundesstaat UP versucht über den Generalstaatsanwalt in der Anhörung am 20. September 2024 vor dem Obersten Gerichtshof zu argumentieren, warum der SCI die beschuldigten Beamten nicht länger schützen sollte.

Diese juristische Saga geht auf den Dezember 2023 zurück, als der SCI intervenierte und eine Verfügung des Allahabad High Court, eines regionalen Gerichts in UP, aufschob, mit der die Universitätsbeamten angewiesen wurden, sich selbst zu stellen, und sich weigerte, einen First Information Report (FIR) aufzuheben, der im November 2023 gegen sie eingereicht worden war und in dem sie unrechtmäßiger religiöser Massenkonversionen beschuldigt wurden.

Der Oberste Rat gewährte den beschuldigten Beamten, darunter dem Vizekanzler, dem Direktor und mehreren Professoren der Sam Higginbottom University of Agriculture Technology and Science (SHUATS), einer der ältesten und renommiertesten Universitäten des Landes, vorläufigen Schutz vor Verhaftung.

Dem Vizekanzler der SHUATS und den anderen Beamten wird vorgeworfen, eine Frau durch rechtswidrige Mittel wie Anreize und Amtsmissbrauch zum Übertritt zum Christentum genötigt und sie gezwungen zu haben, fast 60 andere Frauen zu einem Bekehrungstreffen mitzubringen.

Der Überwachungsausschuss verlängerte den vorläufigen Schutz für die Universitätsbeamten im Januar und erneut im März dieses Jahres.

In der jüngsten Anhörung machte der Generalstaatsanwalt geltend, dass in den Anhörungsprotokollen festgestellt worden sei, dass alle unrechtmäßig Konvertierten in diesem Fall eine neue Aadhaar-Karte oder einen nationalen Personalausweis erhalten hätten, in dem ihre Namen nach der Konversion geändert worden seien.

Als Beweis dafür führte der Generalstaatsanwalt an, dass illegale Aadhar-Karten-Druckmaschinen und gefälschte Aadhar-Karten auf dem Gelände der Universität sichergestellt worden seien.

Als die Richter des Obersten Gerichts darauf hinwiesen, dass die Antragsteller eine Petition nach Artikel 32 eingereicht hatten, um die Anklageschriften aufzuheben, erklärte der Generalstaatsanwalt, dass das Gericht die Petition angesichts der Beweise gegen die Angeklagten nicht berücksichtigen sollte.

Die Strafanzeigen und Anklageschriften wurden eingereicht, um die Begehung einer erkennbaren Straftat aufzudecken. Daher könne es keinen Grund für eine Aufhebung geben, sagte er.

Nach Angaben der UP-Polizei haben die Ermittlungen ergeben, dass SHUATS seit 2005 aus fast 20 ausländischen Ländern erhebliche Geldmittel in Höhe von 340 Millionen INR für illegale Konvertierungsaktivitäten erhalten hat.

Zu diesen Ländern gehören die USA, Afghanistan, Japan, Libyen, Irak, Deutschland, Kanada, Guyana, Uganda, Äthiopien, Bahrain, die Niederlande, die Philippinen, Ruanda, Sri Lanka, das Vereinigte Königreich, Australien, Nepal, Bhutan und Nigeria.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Indonesien: Größte Jesus-Statue weltweit steht in Indonesien

(PRO Von Petra Kakyire , 23. September 2024) Die höchste Jesus-Statue der Welt steht seit einigen Tagen in Indonesien. Das Bauwerk in Nord-Sumatra ist 20 Meter höher als die 40 Meter hohe Skulptur in Rio de Janeiro. Der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz in Indonesien, Bischof Antonius Subianto Bunjamin, hat die Statue am vergangenen Freitag eingeweiht.

Diese sei eine „Erinnerung daran, dass Gott in der Welt gegenwärtig ist“, zitiert die katholische Nachrichtenagentur Ucanews, Erzbischof Kornelius Sipayung von Medan, der an der Einweihung teilnahm. „Diese Statue ist nicht nur ein Objekt der Schönheit, sondern ein Aufruf an die Menschen, ein Licht für die Welt zu sein“, sagte er. Die offenen Hände Jesu symbolisierten, dass „Jesus jeden mit Liebe annimmt“, fügte er hinzu.

Zuvor hatte Papst Franziskus bei seinem Besuch in der indonesischen Hauptstadt Jakarta Anfang September eine Miniatur der Statue gesegnet. Zudem unterzeichnete er das auf einer Tafel eingravierte Gebet am Sockel der Statue.

Jesus-Statue wichtiges Symbol für Christen in Indonesien

Neben der 60 Meter hohen Jesus-Statue in der Nähe des Tobasees gibt es noch ein ähnliches Bauwerk. Die „Statue des segnenden Christus Jesus“ steht in Manado, der Hauptstadt der indonesischen Provinz Nord-Sulawesi. Sie ist 50 Meter hoch und steht auf einem Hügel namens „Bukit Kasih“.

Indonesien ist ein überwiegend muslimisches Land. Von den 15 Millionen Einwohnern Nord-Sumatras sind nach Angaben der Statistikbehörde etwa 1,1 Millionen Katholiken und vier Millionen Protestanten.

Iran: Geheimdienstministerium hält christliche Konvertitin fest

IIRF-D/BA/Tübingen/26.09.24 - Eine zum Christentum konvertierte Muslima wird noch immer in einem vom iranischen Geheimdienstministerium geführten Haftzentrum festgehalten nach [ihrer Verhaftung](#) in der südiranischen Stadt Shiraz.

Mojdeh Falahi, 36, deren zwei ältere Schwestern 2019 wegen ihrer christlichen Aktivitäten verhaftet wurden, wurde am 9. September in der Staatsanwaltschaft von Shiraz festgenommen und ist seitdem nicht mehr zu hören.

Sie soll im Haftzentrum Pelak-e 100 festgehalten werden, das dem Geheimdienstministerium unterstellt ist.

Mojdeh, eine Friseurin, hatte die Staatsanwaltschaft aufgesucht, um einer christlichen Freundin die für ihre Freilassung erforderlichen Dokumente zu besorgen, nachdem sie selbst am Vortag verhaftet worden war.

Mojdeh wurde jedoch sofort selbst festgenommen und wird nun wegen „Christentums“ und „illegaler christlicher Aktivitäten“ festgehalten.

Mojdehs Familie hat die Staatsanwaltschaft seit ihrer Verhaftung wiederholt besucht und um ein Treffen mit ihr gebeten, aber zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels wurde ihnen die Erlaubnis verweigert. Mojdeh wurde noch kein Zugang zu einem Anwalt gewährt.

Mojdehs Schwestern Maryam und Marjan gehörten zu einer Gruppe von [acht christlichen Konvertiten](#), die im Juli 2019 in Bushehr, 200 Meilen westlich von Shiraz, verhaftet wurden. Beide Schwestern erhielten im Jahr 2020 hohe Geldstrafen für ihre christlichen Aktivitäten.

Maryam, eine Krankenschwester, erhielt ein lebenslanges Berufsverbot für alle staatlichen Einrichtungen, einschließlich des Krankenhauses, in dem sie 20 Jahre lang gearbeitet hatte.

In einem anderen Gerichtsverfahren im Jahr 2020 [entschied ein Richter](#), dass Maryam und ihr Ehemann Sam Khosravi nicht länger das Sorgerecht für ihre Adoptivtochter Lydia behalten könnten, weil sie Christen seien und Lydia, deren Eltern unbekannt sind, als Muslimin betrachtet werde.

Im Gegensatz zu den historischen armenisch- und assyrischsprachigen christlichen Gemeinschaften im Iran sind Farsi sprechende Christen wie Mojdeh und ihre Familie zum Islam konvertiert – das heißt, sie sind Abtrünnige – und werden daher nach islamischem Recht für die Ausübung des christlichen Glaubens bestraft.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/iranian-ministry-of-intelligence-detains-christian-convert/>

Israel: Freies Geleit für Sinwar

Bericht: Israel schlägt alternativen Geiseldeal vor

(Israelnetz/ 20. September 2024) Die israelische Regierung hat laut einem Medienbericht ein Ende der Kämpfe im Gazastreifen und freies Geleit für Hamas-Chef Jahja Sinwar angeboten. Im Gegenzug verlange Israel die sofortige Freilassung aller Geiseln und eine neue Regierung in einem demilitarisierten Gazastreifen. Der Vorschlag sei vergangene Woche im Weißen Haus auf den Tisch gekommen. Er gilt als Alternative zu den Hauptverhandlungen. Er beinhaltet zwar die Kriegsziele, rückt aber vom Willen der israelischen Regierung ab, Sinwar zu töten. Ein Hamas-Vertreter wies den Vorschlag laut dem Bericht als lächerlich zurück. (vbr/df)

Israel: Hisbollah-Rakete löst Alarm in Tel Aviv aus

Erster Beschuss

Erstmals nimmt die Hisbollah Zentralisrael ins Visier. Derweil geht auch der intensive Beschuss auf Nordisrael weiter. Und die israelische Armee führt ihre Angriffe im Libanon fort.

Von Israelnetz - 25. September 2024

TEL AVIV (inn) – Die Terrormiliz Hisbollah hat am frühen Mittwochmorgen vom Libanon aus eine Rakete in Richtung des Großraums Tel Aviv abgefeuert. Alarm wurde unter anderem im Stadtzentrum und nördlich der Metropole rund um die Stadt Netanja ausgelöst. Das Raketenabwehrsystem fing ein Geschoss ab. Es ist der erste Beschuss der Hisbollah auf das Landeszentrum.

Die Schiiten-Miliz teilte mit, sie habe das Hauptquartier des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossads ins Visier genommen. Dieser sei für die Tötung von Hisbollah-Kommandeuren und die mutmaßlich israelische Geheimdienstaktion im Libanon am Dienstag und Mittwoch vergangener Woche verantwortlich, die tausende elektronische Geräte der Hisbollah zur Explosion brachte. Trotz des Beschusses auf Zentralisrael verschärfte das Heimatfrontkommando die Sicherheitsanweisungen für die Region zunächst nicht. So darf auch der normale Schulunterricht anders als im Norden des Landes stattfinden.

Armee setzt Luftschläge fort

Am Dienstag hatte der Beschuss der Hisbollah auf große Teile Galiläas angehalten. Insgesamt wurde an diesem Tag 30 Mal Alarm ausgelöst, meist zugleich in mehreren Ortschaften. Besonders betroffen ist die Stadt Safed in Obergaliläa. Auch im Großraum Haifa ertönte wiederholt Alarm. Armeesprecher Daniel Hagari sagte am Abend, es seien etwa 300 Geschosse abgefeuert worden. Sie hätten sechs Zivilisten und Soldaten verletzt, zumeist leicht.

Die israelische Luftwaffe setzt derweil ihre Operation „Nördliche Pfeile“ gegen die Hisbollah im Libanon fort. Sie flog erneut zahlreiche Angriffe im Süden des Landes, in der östlichen Bekaa-Ebene und in Beirut. Bei einem Luftschlag in Süd-Beirut tötete die Armee Ibrahim Kubaisi, den Israel als Chef der Raketeneinheit der Terrormiliz betitelte. Er soll zudem für die Ermordung und Entführung dreier israelischer Soldaten im Jahr 2000, kurz nach dem israelischen Abzug aus dem Libanon, verantwortlich sein. Die Hisbollah bestätigte Kubaisis Tod am Mittwoch.

Armeesprecher Hagari ging am Mittwoch nicht auf Details dazu ein, wie weit die Armee die Hisbollah-Infrastruktur bereits zerstört hat. Er betonte aber, es sei „weiter Arbeit zu tun“. Die Hisbollah besitze sehr verschiedene Angriffspotentiale. Israel gehe es darum, zunächst die strategischen Fähigkeiten der Terrormiliz zu zerstören, die die größte Gefahr für die Heimatfront darstellten.

Gallant: Hisbollah hat schwere Schläge erlitten

Verteidigungsminister Joav Gallant (Likud) erklärte am Mittwoch beim Besuch einer Truppenübung für eine Bodenoperation im Libanon, die Hisbollah sei nun eine andere Hisbollah, als jene, die man noch vor einer Woche gekannt habe: „Sie haben schwere Schläge erlitten.“ Premierminister Benjamin Netanjahu (Likud) rief die Libanesen dazu auf, „sich aus dem Griff der Hisbollah zu befreien“.

Nach Angaben des libanesischen Gesundheitsministeriums vom Dienstag sind bei den israelischen Angriffen bis dato 558 Menschen getötet worden; darunter seien 50 Kinder und 94 Frauen. Der Anteil an Mitgliedern von Terror-Organisationen ist unbekannt. 1.835 Menschen seien verletzt worden. In sämtlichen Schulen und Universitäten des Landes wurde der Präsenzunterricht bis auf weiteres ausgesetzt. (ser)

Israel: Katz appelliert an Weltsicherheitsrat

Libanon: aus Israelnetz vom 24. September 2024

Der israelische Außenminister Israel Katz hat den Weltsicherheitsrat am Montag aufgerufen, die Resolution 1701 vollständig umzusetzen. Sie beendete im Sommer 2006 den Zweiten Libanonkrieg. Der UN-Resolution zufolge dürfen bewaffnete Gruppen wie die [Hisbollah](#) nicht südlich des libanesischen Flusses Litani agieren. Die Terrormiliz benutze die Zivilbevölkerung als menschliche Schutzschilde, schrieb Katz. Israel habe sich in den vergangenen elf Monaten sehr zurückgehalten. Doch „wir werden nicht den fortgesetzten Zermürbungskrieg dulden, den die Hisbollah und ihr Patron Iran uns aufzwingen“. (eh)

Kongo: Zwei Kirchen nach Schändung durch Rebellen geschlossen

Demokratischen Republik Kongo - Provinz Ituri

Kinshasa (Fides) - In der Diözese Bunia, der Hauptstadt der Provinz Ituri im Osten der Demokratischen Republik Kongo, sind zwei von einer Rebellengruppe entweihte Kirchen geschlossen worden. Dies gab der Bischof von Bunia, Dieudonné Uringi Uuci, während des Gottesdienstes am Sonntag, den 22. September, bekannt.

Bischof Uringi betonte in seiner Erklärung: „In Anbetracht der verwerflichen Taten, die von Elementen der bewaffneten Kooperative für die Entwicklung des Kongo (Cooperative for Development of the Congo, CODECO) begangen wurden, die in der Nacht vom 28. auf den 29. August die Kirchen von Kpandroma und Jiba geschlossen haben, Taten, die als Entweihung eingestuft werden und die gemäß Can. 1211 Buße erfordern, und in Anbetracht der Bedrohung der körperlichen und moralischen Unversehrtheit der in diesen Kirchen arbeitenden Priester und der willkürlichen Geiselnahme von zwei gläubigen Mitarbeitern der Priester, sowie in Anbetracht der vorsätzlichen Absicht, Geld für die Freilassung dieser Gläubigen zu erpressen, mit dem einzigen Ziel, der Kirche Schaden zuzufügen, und in Anbetracht unserer und der unmittelbaren ordentlichen Befugnis gemäß Can. 381, Absatz 1, verordnen wir die Schließung der Pfarrei „Marie-Reine“ von Jiba und der Seelsorgeeinheit Kpandroma auf unbestimmte Zeit“. Bischof Uringi beschloss außerdem, die in den beiden Pfarreien tätigen Priester abzurufen. Im Can. 1211 heißt es dazu: „Heilige Orte werden geschändet durch dort geschehene, schwer verletzende, mit Ärger für die Gläubigen verbundene Handlungen, die nach dem Urteil des Ortsordinarius so schwer und der Heiligkeit des Ortes entgegen sind, daß es nicht mehr erlaubt ist, an ihnen Gottesdienst zu halten, bis die Schändung durch einen Bußritus nach Maßgabe der liturgischen Bücher behoben ist“.

Der Bischof betonte, dass die Gewalt begann, nachdem die Kirche zum Dialog und zur Niederlegung der Waffen aufgerufen hatte. Daraufhin verlangten die CODECO-Milizionäre, die Priester zu treffen. Als sie diese nicht einfanden, griffen sie ihre Mitarbeiter an, plünderten die Räumlichkeiten und blockierten die Türen der beiden Kirchen.

Ein ähnlicher Vorfall hatte sich vor bereits sechs Monaten in einer der betroffenen Kirchengemeinden ereignet. Die Milizionäre hatten mehrere Priester misshandelt und inhaftiert und die Freilassung von Gefangenen der CODECO gefordert. In der bewaffneten Gruppe schließen sich verschiedene Lendu-Milizen zusammen. Die für eine Guerillagruppe ungewöhnliche Bezeichnung einer Kooperative leitet sich von der Tatsache ab, dass die CODECO bei ihrer Gründung in den 1970er Jahren eine landwirtschaftliche Entwicklungsgenossenschaft war, die sich aus Lendu-Bauern zusammensetzte. Im Laufe der Jahre führten Landstreitigkeiten mit Hema-Nomaden dazu, dass sich zwei Gruppen bewaffneten, und CODECO wurde schließlich zu einer Bezeichnung für einen Zusammenschluss verschiedener Lendu-Milizen, die gegen die Hema kämpften. Die CODECO wird mehrerer Verbrechen gegen die Menschlichkeit beschuldigt, darunter Massaker in Dörfern und Flüchtlingslagern.

(L.M.) (Fides 25/9/2024)

Libanon: Maronitischer Patriarch bittet UN-Sicherheitsrat um Intervention

Beirut (Agenzia Fides) - Angesichts der „nationalen Katastrophe“ im Libanon appelliert der maronitische Patriarch Boutros Bechara Rai an den UN-Sicherheitsrat, „wirksam zu intervenieren“, um die Konfliktparteien zu zwingen, „den Krieg zu beenden und Verhandlungen aufzunehmen“. In dem Appell, wird zur Einheit „der gesamten libanesischen Familie“ aufgerufen und all jenen gedankt, die ihre Häuser und Schulen für die Vertriebenen öffnen und in den Krankenhäusern arbeiten, um den Verwundeten zu helfen. Der libanesischer Kardinal erinnert auch das libanesischer Parlament an die Dringlichkeit, einen neuen Präsidenten der Republik zu wählen und die seit Jahren andauernde politische und institutionelle Krise zu beenden. „Und lasst uns zu Gott beten“, schließt der Patriarch seinen kurzen Appell, „dass er alle inspiriert, den Weg zu einem gerechten und umfassenden Frieden zu finden“.

(GV) (Fides 25/9/2024)

Libanon: Nach Pager-Anschlägen

Patriarch Raï missbilligt Angriff auf das libanesisches Volk

Beirut (Fides) - „Trauer“ über den blutigen Angriff, der „fast dreitausend libanesisches Bürger“ getroffen hat, indem ihre Pager und Funksprechgeräte in Sprengsätze verwandelt wurden, und seine entschiedene Missbilligung des israelischen Angriffs, der „Kommunikationsmittel benutzt, um wahllos zu töten“, bringt der libanesisches Kardinal Béchara Boutros Raï, Patriarch der maronitischen Kirche, in einem kurzen Kommuniqué zum Ausdruck, das über die sozialen Netzwerke verbreitet wurde, und sich auf die beispiellosen Operation bezieht, bei der elektronische Geräte von der libanesischen schiitischen Hisbollah-Partei in die Luft gesprengt wurden und die Dutzende von Toten und Tausende von Verletzten zur Folge hatte. In der kurzen Erklärung verurteilt der maronitische Patriarch „alle Formen der Aggression gegen das libanesisches und palästinensisches Volk, insbesondere gegen die Unbewaffneten“, und bittet „den allmächtigen Gott, sich derer zu erbarmen, die ihr Leben verloren haben, ihre Familien und die Verwundeten zu trösten, den Verwundeten Heilung zu gewähren und unserer Region und der Welt einen vollständigen und gerechten Frieden zu schenken“.

Am vergangenen Sonntag, vor der israelischen Operation, hatte Patriarch Béchara Raï diejenigen kritisiert, die den Libanon „ohne Staat, ohne Gesetze und ohne Verfassung“ haben wollen. Dies tat er in seiner Predigt während der Messe, die in Mayfouk zum Gedenken an die Gefallenen der Partei der libanesischen Streitkräfte während der Kriegsjahre gefeiert wurde. „Es gibt Leute“, fügte der Patriarch hinzu, ohne ausdrücklich auf politische Parteien zu verweisen, „die wollen, dass der Großlibanon (der 1920 unter französischem Mandat proklamiert wurde) ein leeres Land ist, damit sie ihre Pläne verwirklichen können, ohne Staat, Gesetze und Verfassung“. Kardinal Raï würdigte unterdessen die Veteranen der „Front für die Befreiung des Libanon“, die „bereit sind, ihre Interessen zu opfern“.

Am selben Tag lobte der schiitische Mufti der dschafaritischen Schule Ahmad Kabalan unterdessen den so genannten „Widerstand“ der Hisbollah gegen Israel und verurteilte diejenigen, die während des Bürgerkriegs (1975-1990) mit der israelischen Armee kollaboriert hatten, wobei er sich auf die libanesischen Streitkräfte bezog.
(FB) (Fides 20/9/2024)

Mali: Terroristische Anschläge in Bamako haben weltliche und religiöse Hintergründe

Bamako (Fides) – Die islamistischen Anschläge, die am 17. September in der malischen Hauptstadt Bamako verübt wurden (vgl. [AKREF 18/9/2024](#)), hat verschiedene Hintergründe, wie lokale Beobachter vermuten.

Die Anschläge, zu denen sich die islamistische Extremisten der „Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime“ (JNIM) bekannt hat, richteten sich gegen den Flughafen und die Gendarmerieschule und fand am Jahrestag der Gründung dieses paramilitärischen Korps (17. September 1960) statt. Der Sonntag, 22. September, ist auch der Jahrestag der nationalen Unabhängigkeit (22. September 1960).

Am 16. September wurde unterdessen der Geburtstag des Propheten Mohammed gefeiert, an dem Muslime in der ganzen Welt gedenken der Geburt des islamischen Propheten Mohammed gedenken. Dieses Fest wird in Mali und in der gesamten Sahelzone mit großer Hingabe gefeiert und zieht zahlreiche Gläubige nach Bamako.

„Die Dschihadisten wollten mit ihren Anschlägen während der weltlichen und religiösen Feierlichkeiten ein Zeichen des Widerstands gegen die malische Regierung setzen“, so die lokalen Beobachter. „Möglicherweise wurde versucht, eine Spaltung zwischen den zivilen und religiösen Behörden herbeizuführen, da das Fest viele muslimische Gläubige nach Bamako zieht. Und die Dschihadisten könnten den Strom der Pilger genutzt haben, um in kleinen Gruppen einzudringen und dann ihren Anschlag zu verüben. Das malische Militär geht sogar davon aus, dass die Dschihadisten bereits einige Zeit vor dem Fest in Bamako eingedrungen waren“.

„Darüber hinaus hat der Oberste Islamische Rat von Mali die Anschläge scharf verurteilt und erklärt, dass es sich um ein Verbrechen handelt, das gegen die muslimischen Prinzipien verstößt“, so die Beobachter weiter.

Auch die Bischofskonferenz von Mali drückte unterdessen in einer Erklärung, die Fides vorliegt, ebenfalls „große Trauer über die Terroranschläge aus, die schmerzliche Verluste unter den Gendarmen und Militärs verursacht haben“.

Die Bischöfe bringen ihre Unterstützung für die Behörden in dieser schwierigen Zeit zum Ausdruck und danken den Opfern der Streitkräfte und des gesamten malischen Volkes für die Verteidigung, die Souveränität, die nationale Einheit und die territoriale Integrität“, heißt es in der Botschaft, die mit der Aufforderung an die Gläubigen schließt, zu beten und sich für den Frieden einzusetzen, denn ‚der Frieden ist ein Geschenk Gottes und die Frucht der Arbeit der Menschen‘.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die Dschihadisten das Ausbildungszentrum der Gendarmerie zwischen 4 und 5 Uhr morgens angriffen und die jungen Auszubildenden, die sich unbewaffnet zur Flaggenhissung versammelt hatten, unvorbereitet trafen. Das von der JNIM veröffentlichte Video, auf dem zu sehen ist, wie ein Flugzeug auf der Landebahn des Flughafens von Bamako in Brand gesetzt wird, muss ebenfalls im Zusammenhang gesehen werden. Den Beobachtern zufolge handelte es sich bei dem gezeigten Flugzeug um ein ausgedientes Flugzeug. Die Dschihadisten versuchten auch, das Präsidentenflugzeug in Brand zu setzen, was jedoch nicht gelang.

(L.M.) (Fides 20/9/2024)

Moldawien: Gelungene Kinderfreizeiten

(Licht im Osten) Alexander und Maria Pulew (Kischinau, sportmissionarische Arbeit) sind dankbar für die mit vielen Einsätzen gefüllten Sommermonate, auch wenn es eine geistlich und körperlich sehr anstrengende Zeit war. Maria Pulewa schreibt: „Im Sommer findet kein Schulunterricht statt, die Kinder und Jugendlichen sind oft sich selbst überlassen und die Eltern sind froh, wenn sie ihr Kind in Obhut geben können. Gerade im Sommer schickt Gott sehr viele neue Kinder in die Sportgruppen. Die Sommertrainings fanden täglich außer sonntags statt, manche Gruppen sogar zweimal täglich. Die engagierten Trainer betreuten verschiedene Altersgruppen von Jungen und Mädchen. Auch außerhalb der Sporthallen trafen sie sich persönlich mit den Kindern, vertieften und festigten die Beziehung zu ihnen und prägten die jungen Leute geistlich, deren Herzen für das Evangelium offen waren. Einige der noch sehr jungen Mädchen und Jungen haben in diesem Sommer begonnen, die örtliche christliche Gemeinde zu besuchen, und kommen mit ihren Trainern zum Gottesdienst. Mein Herz freut sich, weil ich in ihren Herzen ein Interesse an Gott und eine Suche nach der Wahrheit erkenne.“ Bitte beten Sie

☒ für die auf diese Weise erreichten Kinder, dass sie dranbleiben, zu einer persönlichen Glaubensbeziehung zu Jesus Christus finden und zu einem Licht in ihrem Umfeld werden. Außerdem gab es eine Freizeit für 11-14-Jährige. „Fünf Tage lang erlebten die Kinder lebendiges, praktisches Christsein. Mit den Kindern, die während der Freizeit ein großes persönliches Interesse an geistlichen Dingen gezeigt haben, sind mehrere neue vertiefende Bibelstudiengruppen geplant. Wir glauben, dass dieser wunderbare Plan in Erfüllung gehen wird und bitten um Ihre Gebetsunterstützung.“

☒ Bitte beten Sie auch für die älteren Kinder, die an einer Zeltfreizeit teilgenommen haben, „dass der Same der Wahrheit im Herzen eines jeden Teilnehmers aufgehen wird“.

Im September ging es sehr turbulent weiter mit neuen Trainingsprogrammen an verschiedenen Schulen, für die so vieles zu bedenken und zu organisieren war. **Bitte beten Sie**

☒ für einen gesegneten sportmissionarischen Herbst, dass viele jüngere und ältere Kinder auf diese Weise ihren besten Freund und Retter kennen-, lieben und ihm vertrauen lernen.

☒ um ein gutes Vorankommen bei den Renovierungsarbeiten in der kleinen Wohnung von Familie Pulew.

Nahostkonflikt: Es fehlt am „Wort der religiösen Führer vor Ort“

Patriarch Pizzaballa: Gefährliches Misstrauen zwischen religiösen Gemeinschaften

Fulda/Jerusalem (IDEA) – Angesichts des sich zuspitzenden Nahostkonflikts vermisst der katholische Patriarch von Jerusalem, Pierbattista Pizzaballa das „Wort der religiösen Führer vor Ort“. Von wenigen Ausnahmen abgesehen habe man in den letzten Monaten keine Reden, Überlegungen oder Gebete von religiösen Führern gehört, „die sich von denen anderer politischer oder gesellschaftlicher Führer unterscheiden“, sagte Pizzaballa laut Catholic News Agency (CNA) auf der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda. Man habe den Eindruck, dass jeder von ihnen ausschließlich aus der Perspektive seiner eigenen Gemeinschaft spreche: „Juden mit Juden, Muslime mit Muslimen, Christen mit Christen und so weiter. Jeder bewahrt das Narrativ seiner eigenen Gemeinschaft, das oft gegen die andere Seite gerichtet ist.“ Pizzaballa zufolge sind gläubige Juden, Christen und Muslime nicht in der Lage, sich zu treffen, nicht einmal um ihre Meinungsverschiedenheiten auszudrücken. „Interreligiöse Beziehungen, die gefestigt schienen, scheinen nun von einem gefährlichen Misstrauen überschattet zu werden. Jeder fühlt sich vom anderen verraten, nicht verstanden, nicht verteidigt, nicht unterstützt.“

Kirche kann die „großen politischen Probleme des Nahen Ostens nicht lösen“

Pizzaballa erinnerte daran, dass Jesus Vergebung, Gerechtigkeit und Wahrheit gelehrt habe. Sie seien Grundlage für den Frieden. Es sei daher Aufgabe der Kirche im Heiligen Land, ihre Seelsorge auf diese Lehre zu stützen. Es reiche aber nicht, nur zu reden: „Wir müssen auch handeln und dort sein, wo Menschen Not leiden“. Der Patriarch räumte zugleich ein, dass die Kirche „die großen politischen Probleme des Nahen Ostens und des Heiligen Landes nicht lösen“ könne. Aber sie werde „weiterhin im Heiligen Land bleiben, ein Wort der Wahrheit und der Versöhnung sprechen und allen Menschen Hilfe und Nähe zukommen lassen“.

Nigeria: 30 Gläubige entführt, drei getötet

IIRF-D/BA/Tübingen/26.09.24 - Drei Menschen wurden getötet und 30 entführt, als islamistische Bewaffnete am 15. September, [zwei Kirchen](#) im Bundesstaat Kaduna im Middle Belt Nigerias angriffen.

Der bewaffnete Angriff auf die Kirchen in der Gemeinde Bakinpah-Maró im Verwaltungsbezirk Kajuru begann gegen 10 Uhr morgens.

Bernard Gajera, Pastor einer der Kirchen, war einer derjenigen, die von den Angreifern entführt wurden.

„Die Gemeinde steht unter Schock und wir fordern die Behörden auf, sofort Maßnahmen zur Rettung der entführten Opfer zu ergreifen“, sagte Cafra Caino, der ehemalige Vorsitzende der LGA (Local Government Area) Kajuru.

Ein Augenzeuge sagte: „Als die Banditen in großer Zahl eintrafen, flohen viele Gläubige aus der Kirche. Es war ein schrecklicher Anblick. Wir waren hilflos, als wir zusahen, wie die Banditen Verwüstung anrichteten.“

Erst im August 2024 sammelte die Gemeinde Maró Spenden, um einen Sicherheitsposten für Strafverfolgungsbehörden zu errichten, um anhaltende Sicherheitsprobleme anzugehen, nachdem wiederholte Angriffe die Bauern von ihren Feldern fernhielten.

Der Angriff ereignete sich fast genau zwei Jahre, nachdem bewaffnete Männer am 13. September 2022 bei einem Überfall auf eine andere Gemeinde in der LGA Kajuru 43 Einwohner, darunter viele Gläubige [aus einem Gottesdienst](#), entführt hatten.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/thirty-worshippers-abducted-three-killed-in-attack-on-churches-in-kaduna/>

Nigeria: Der Hass zu Hause

International Christian Concern - In Nordnigeria, wo die Spannungen zwischen Christen und Muslimen besonders groß sind, traf ein junger Mann namens Salisu Bala eine Entscheidung, die seine Familie dazu brachte, ihn töten zu wollen.

Der 32-jährige Bala, ein unabhängiger Handwerker aus Angwan Rogo, Jos, widersetzte sich den tiefen islamischen Wurzeln seiner Familie und seiner Gemeinde und beschloss, Jesus zu folgen.

Bala wuchs in einer überwiegend muslimischen Gegend auf, in der islamische Extremisten häufig Christen ins Visier nehmen. Seine Eltern, die tief in den islamischen Traditionen des Bundesstaates Adamawa verwurzelt sind, erlebten aus erster Hand den Aufstieg der blutigen Kampagne von Boko Haram gegen Christen.

Trotzdem erlebte Bala Träume, die er als göttliche Begegnungen mit Christus deutete. Nachdem er seine Träume mit einem christlichen Freund geteilt hatte, konvertierte Bala Mitte 2023 heimlich zum Christentum und begann, die Kirche zu besuchen.

Sein neu gewonnener Glaube blieb jedoch nicht lange verborgen. Im September 2023 entdeckten Balas Eltern, dass er den Islam verlassen hatte, und sperrten ihn vier Tage lang ohne Essen und Trinken in ein Zimmer. Sein einziger Ausweg war, seinem Glauben an Christus abzuschwören.

„Ich war mir bewusst, dass ich von meinen eigenen Leuten unterdrückt werden würde, aber ich hatte nicht erwartet, dass das so kommen würde“, sagte Bala. „Ich konnte mich nicht dazu durchringen, Jesus Christus zu verleugnen, und ich werde es auch nie tun. Als seine Kräfte schwanden, befürchtete Bala, dass er sterben könnte. Zu dieser Zeit brach sein muslimischer Freund in das Zimmer ein und rettete ihn.“

Salisu lebt jetzt versteckt unter der Fürsorge eines Pastors aus der Gegend, der in einem Zentrum in der Nähe von Jos 70 christliche Konvertiten aus dem Islam zu Jüngern macht. Der Pastor, dessen Namen wir aus Sicherheitsgründen nicht nennen, bescheinigte Bala ein unerschütterliches Bekenntnis zu seinem neuen Glauben, selbst in größter Gefahr.

„Salisu hat um Christi willen immense Herausforderungen und Verfolgung ertragen“, sagte der Pastor gegenüber International Christian Concern (ICC). „Viele falsche Bekehrte verlassen uns, wenn wir ihnen kein Essen geben können, aber Bala ist stark geblieben. Sein Engagement für Christus ist echt“.

Von seinem sicheren Aufenthaltsort aus äußerte Bala seinen Glauben und den Wunsch, dass auch seine Familie Christus kennen lernt. „Ich habe keine Angst mehr vor dem Tod“, sagte er. „Ich habe das Licht des einen wahren Gottes gesehen. Ich bete jede Nacht, dass auch meine Eltern zur rettenden Erkenntnis von Jesus Christus kommen.“

Balas Geschichte ist eine eindringliche Erinnerung an die Gefahren, denen christliche Konvertiten in Nigeria ausgesetzt sind, wo Verfolgung für diejenigen, die den Islam verlassen, eine harte Realität ist. Sein mutiges Eintreten für seinen Glauben, trotz der Gefahr für sein Leben, unterstreicht den allgemeinen Kampf, dem Konvertiten in der Region ausgesetzt sind.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Pakistan: 16-jährige entführt und zwangskonvertiert

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/26.09.24 - Ein 16-jähriges christliches Mädchen in Pakistan wurde gezwungen, zum Islam zu konvertieren und einen Muslim zu heiraten, nachdem er und zwei Komplizen sie diesen Monat entführt hatten, wie ihre Eltern berichteten.

Shahida Iftikhar und ihr Ehemann Iftikhar Joseph nahmen an einer Hochzeit teil, als ihre Tochter Diya Iftikhar am 12. September von Ghazaal Jutt, Afzal Jutt und Ramzan Jutt aus ihrem Haus im Dorf Chak Nr. 126-GB Sheroana in Jaranwala, Distrikt Faisalabad, Provinz Punjab, entführt wurde, sagte Shahida Iftikhar.

Nachbarn hätten gesehen, wie die bewaffneten Verdächtigen Diya in einen weißen Suzuki-Van steckten und vom Tatort flohen, sagte sie.

„Wir hatten Angst, weil Ghazaal und seine Komplizen an den Angriffen vom 16. August 2023 auf Kirchen und Häuser in [Jaranwala](#) beteiligt waren“, sagte sie. „Sie sind für ihre kriminellen Aktivitäten berüchtigt, darunter die sexuelle Belästigung christlicher Mädchen.“

Vier Tage später erhielt das Paar ein Video über WhatsApp, in dem ihre Tochter sagt, sie sei zum Islam konvertiert und habe Ghazaal Jutt aus freien Stücken geheiratet, sagte sie.

„Wir wussten, dass Diya zu dieser Aussage gezwungen wurde, weil sie Ghazaal verabscheute“, sagte Shahida Iftikhar, die zusammen mit ihrer Familie Mitglied der Brethren Church ist. „Sie hatte sich oft bei uns beschwert, dass Ghazaal und seine Freunde sie belästigten, wenn sie zu ihrem Nachhilfezentrum ging.“

Das Paar hatte sofort eine Anzeige bei der Polizei erstattet, aber die Beamten zögerten einen Tag, bevor sie eine Erstanzeige (FIR) aufnahmen.

„In der Zwischenzeit baten wir auch einflussreiche Muslime vor Ort, darunter den Ziegeleibesitzer Ashraf Jutt, der mit dem Angeklagten verwandt ist, um die Rettung unserer Tochter, aber ohne Erfolg“, sagte sie.

Nachdem die Eltern wiederholt die Polizeistation aufgesucht hatten, hätten Beamte den Vater von Ghazaal Jutt kurzzeitig festgenommen, sagte sie.

„Aber das sollte uns nur zeigen, dass die Polizei sich bemüht, Diya zu finden“, sagte sie. „Sie haben weder gegen ihn ermittelt noch Druck auf ihn ausgeübt, um unsere Tochter aus dem illegalen Gewahrsam seines Sohnes zu befreien.“

Iftikhar Joseph sagte, der ermittelnde Beamte in dem Fall, Sub-Inspector Abbas Gill, kooperiere nicht.

„Obwohl ich den Ermittlungsbeamten um Diyas Freilassung gebeten habe, unternimmt er nichts gegen Ghazaal und seine Komplizen“, sagte Joseph gegenüber Christian Daily International-Morning Star News. „Meine Frau und ich arbeiten in örtlichen Textilfabriken und haben nicht das Geld, um den Fall vor Gericht zu bringen. Wir haben auch einen Videoanruf an christliche Organisationen gerichtet, um Unterstützung zu erhalten, aber bisher haben wir keine rechtliche Unterstützung erhalten.“

Er sagte, die Verdächtigen würden sie unter Druck setzen, den Fall fallen zu lassen, „aber wir werden nicht aufgeben, bis Diya zu uns zurückkehrt.“

„Ich mache mir auch Sorgen um die Sicherheit meiner vier jüngeren Töchter“, fügte er hinzu. „Wenn die Entführer nicht verhaftet und bestraft werden, besteht für sie und die anderen christlichen Mädchen in meinem Dorf die ernsthafte Gefahr, entführt zu werden. Ich bitte die Polizeibehörden, uns vor diesen Raubtieren zu schützen.“

Die Familie habe keine Dokumente im Zusammenhang mit der angeblichen Konversion und Heirat ihrer Tochter gesehen, sagte er.

„Wir haben keine Ahnung, was sie über Diyas Alter geschrieben haben, aber wir haben ihr NADRA-Dokument [National Database & Registration Authority], das bestätigt, dass sie erst 16 Jahre alt ist“, sagte er.

Bis zur Verabschiedung eines Gesetzes zur Änderung des gesetzlichen Heiratsalters in der Provinz Punjab beträgt das Mindestalter für Mädchen, die heiraten wollen, weiterhin 16 Jahre. Auf nationaler Ebene wurde das Heiratsalter durch das Christian Marriage (Amendment) Act 2024 auf 18 Jahre festgelegt, allerdings nur für Christen. Wenn sie zum Islam konvertieren, fallen Mädchen, die als Musliminnen gelten, unter die Scharia (islamisches Recht), die eine Heirat in jüngeren Jahren erlaubt.

In der Regel werden entführte Mädchen in Pakistan, von denen einige erst zehn Jahre alt sind, entführt, gezwungen, zum Islam zu konvertieren und unter dem Deckmantel islamischer „Ehen“ vergewaltigt. Anschließend werden sie unter Druck gesetzt, falsche Aussagen zugunsten der Entführer zu machen, so juristische Experten. Richter ignorieren routinemäßig dokumentarische Beweise für das Alter der Kinder und übergeben sie den Entführern als ihre „legale Ehefrau“.

Laut dem Center for Social Justice wurden im Jahr 2023 136 Fälle von Entführung und Zwangskonversion verzeichnet, die höchste jährliche Gesamtzahl aller Zeiten. Darunter wurden 110 Hindu-Mädchen in der Provinz Sindh und 26 christliche Mädchen in der Provinz Punjab entführt. Die meisten Vorfälle ereigneten sich in Sindh, wo laut dem Center 77 Prozent der entführten Frauen minderjährig und unter 18 Jahre alt waren.

Inoffiziellen Quellen zufolge sind jährlich bis zu 1.000 Mädchen, die religiösen Minderheiten angehören, von Zwangskonvertierungen im Zusammenhang mit Zwangsehen betroffen.

Kirchenführer und Menschenrechtsaktivisten sagen, dass es für Pakistan unerlässlich ist, Fälle von Zwangsehen und Zwangskonvertierungen unverzüglich, fair und objektiv zu behandeln, den Schutz der Rechte der Opfer zu gewährleisten und die Strafverfolgung der Täter sicherzustellen.

Pakistan belegte auf der Weltrangliste 2024 von Open Doors der schwierigsten Orte, an denen man Christ sein kann, wie im Vorjahr den siebten Platz.

<https://morningstarnews.org/2024/09/christian-16-year-old-girl-in-pakistan-kidnapped-converted/>

Pakistan: Christin wegen Blasphemie auf WhatsApp zum Tode verurteilt

Islamabad (Fides) – Die 40-jährige pakistanische Christin Shagufta Kiran, wurde der Blasphemie für schuldig befunden und gemäß Artikel 295-C des Strafgesetzbuches zum Tode verurteilt, weil sie den Propheten Mohammed mit einer Nachricht über das soziale Medium WhatsApp verunglimpft haben soll. Wie der Rechtsanwalt Rana Abdul Hameed betont, hat ein Richter der ersten Instanz des Sondergerichts in Islamabad, das das Gesetz zur Verhinderung elektronischer Straftaten (Prevention of Electronic Crimes Act, PECA) umsetzt, am Ende eines Prozesses, der etwa drei Jahre dauerte, auch eine Geldstrafe von 300.000 Rupien (etwa tausend US-Dollar) verhängt. Die Verteidigung erklärte hingegen, dass „Kiran nicht die Urheberin dieses Inhalts war und ihn lediglich in einem Chatroom weitergeleitet hatte, ohne ihn zu lesen“, doch dies reichte nicht aus, um eine Verurteilung zu verhindern.

Die Frau, die einen Ehemann und vier Kinder hat, war am 29. Juli 2021 in Islamabad von der „Federal Investigation Agency“ (FIA) verhaftet worden, weil sie im September 2020 blasphemische Inhalte in einer WhatsApp-Gruppe geteilt hatte. Sie ist im Zentralgefängnis Adyala in Rawalpindi inhaftiert und wird dort ihre Strafe bis zur Vollstreckung ihres Urteils verbüßen. Der Verteidiger hat angekündigt, dass er beim Obersten Gerichtshof von Islamabad, der zweiten Instanz, Berufung einlegen wird. Dem Anwalt zufolge ist „die Person, die die belastende Nachricht geschrieben hat, auf freiem Fuß; die Person, die sich nur dazu geäußert hat, ohne den Inhalt zu billigen, ist hingegen verurteilt. Wir glauben, dass Shagufta angeklagt wurde, weil sie Christin ist: Sie ist ein leichtes Ziel und angreifbar“.

In Pakistan wird unterdessen das mögliche Verbrechen der Blasphemie im Internet und in den sozialen Medien, das von islamischen Organisationen als „wachsende Bedrohung, die mit äußerster Strenge zu bestrafen ist“, betrachtet wird, genau beobachtet. Die Abteilung für Cyberkriminalität der Bundespolizei überwacht und meldet der Polizei diejenigen, die blasphemische Inhalte ins Netz stellen.

(PA) (Fides 20/9/2024)

Pakistan: Todesurteil gegen Christin wegen angeblicher Blasphemie

Die vierfache Mutter soll den islamischen Propheten Mohammed

Lahore/Faisalabad (IDEA) – In Pakistan hat ein Gericht eine Christin wegen angeblicher Beleidigung des islamischen Propheten Mohammed zum Tode verurteilt. Das berichtet die Nachrichtenplattform „Morningstar News“. Bei der Verurteilten handelt es sich um die vierfache Mutter Shagufta Kiran (40). Das Gericht in der Provinzhauptstadt Lahore (Provinz Punjab) verhängte ferner eine Geldstrafe von umgerechnet fast 1.000 Euro gegen sie. Kiran war am 29. Juli 2021 verhaftet worden, weil die frühere Krankenschwester im September 2020 angeblich blasphemische Inhalte in einer WhatsApp-Gruppe geteilt haben soll. Ihr Ehemann und ihre beiden Söhne kamen ebenfalls in Gewahrsam, wurden später aber wieder freigelassen. Wie Kirans Anwalt Rana Abdul Hameed erklärte, ist sie in mehreren interreligiösen WhatsApp-Gruppen aktiv, wo sie das Evangelium verkündige und ihren Glauben verteidige. Sie habe den Beitrag, der zur Verurteilung führte, nicht verfasst, sondern weitergeleitet, ohne ihn zuvor zu lesen. Hameed zeigte sich wenig überrascht über den Prozessausgang. Die Gerichte neigten in Blasphemiefällen dazu, die Angeklagten zu verurteilen, selbst wenn die Beweise gegen sie sehr schwach seien. „Dies ist auf den Druck der religiösen Gruppen und die Angst vor Mobgewalt zurückzuführen“, erklärt der Anwalt. Alle Fälle dieser Art würden am Ende in höheren Instanzen aufgehoben. Auch er kündigte Berufung an.

Blasphemievorwürfe nach Wohnungsstreit

Immer wieder kommt es zu Vorwürfen von Gotteslästerung gegen Christen. Erst am 7. August hatte in Faisalabad (Provinz Punjab) ein muslimischer Nachbar der christlichen Witwe und zweifachen Mutter, Saima Farhad (35), vorgeworfen, zerrissene und verbrannte Koranseiten in einem Sack vor ihrem Haus entsorgt zu haben. Das meldet die US-amerikanische Organisation „Global Christian Relief“. Der Vorwurf habe einen wütenden Mob mobilisiert, der die Frau angriff. Die Polizei konnte einen Lynchmord verhindern, verhaftete Farhad nach Angaben ihrer Familie aber und reichte ohne Beweise eine Anzeige wegen Blasphemie ein. Farhads Familie bestreitet die Vorwürfe. Sie seien durch persönlichen Groll motiviert. Hintergrund sei ein Wohnungsstreit. Der Anwalt der Witwe, Nasir Abbas, hofft, dass Farhad bald auf Kautionsfreikommt, da vor Gericht bislang keine Beweise gegen sie vorgelegt wurden. Laut dem „Zentrum für Soziale Gerechtigkeit“ (Center For Social Justice/CSJ) in Lahore wurden in Pakistan seit 1987 rund 2.500 Personen wegen Blasphemie angeklagt, darunter 291 Christen. Mindestens sieben Personen, die sich blasphemisch geäußert haben sollen, wurden seit Januar von Einzelpersonen oder Mobs getötet. Angehörige religiöser Minderheiten, etwa Christen, werden überproportional häufig der Blasphemie bezichtigt, oft aufgrund von persönlichen Streitigkeiten oder Missgunst. CSJ vermutet, dass das tatsächliche Ausmaß des Missbrauchs der Blasphemiegesetze drei- bis viermal so hoch sein könnte wie die ermittelten Zahlen. Von den über 230 Millionen Einwohnern Pakistans sind 96 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen und ein Prozent Hindus.

Peru: Zweisprachiger Unterricht für indigene Völker

Mangel an Lehrern und angemessene Infrastruktur fehlen

Iquitos (Fides) - „Wir brauchen Behörden, die sich für die Rechte der Mädchen, Jungen und Jugendlichen der indigenen Völker einsetzen, denn sie dürfen nicht weiter ausgegrenzt werden“, betont Mariluz Canaquiri aus dem indigenen Volk der „Kukama Kukamiria“ im peruanischen Amazonasgebiet, die den Rückgang der Bildung der indigenen Völker beklagt.

„Die Behörden kümmern sich nicht um die Bildung der Kinder indigener Völker, es gibt keine angemessene Infrastruktur und nicht genügend zweisprachige Lehrer, die sie in unserer Sprache unterrichten“, betont Canaquiri, die auch Präsidentin der Frauenrechtsorganisation „Federation of Kukama-Kukamiria Women“ ist.

Interkulturelle zweisprachige Erziehung (IBE) gehört zu den bildungspolitische Maßnahme in dem südamerikanischen Land mit 33 Millionen Einwohnern und 55 anerkannten indigenen Völkern, vier aus den Anden und 51 aus dem Amazonasgebiet. Nach den Ergebnissen der jüngsten nationalen Evaluierung der Lernergebnisse (Enla), die vom Bildungsministerium veröffentlicht wurde, erreichten nur 5,6 Prozent der Grundschüler der vierten Klasse (10 und 11 Jahre alt) in den IBE-Einrichtungen im Amazonasgebiet die erwarteten Ergebnisse. „Hier gibt es keine zweisprachige interkulturelle Erziehung“, sagte Canaquiri. „Wie sollen sie lernen, wenn unsere Identität, unsere Kultur, unsere Art, die Welt zu sehen, in keiner Weise im Lehrplan berücksichtigt werden, noch dazu unter logistischen Bedingungen, wo das Schulgebäude ein von Ästen und Baumstämmen bedeckter Bereich in unerträglicher Hitze ist“, bemerkte sie in einer Erklärung gegenüber einer internationalen Nichtregierungsorganisation.

Obwohl die erste Politik zugunsten der Schülerschaft der indigenen Völker 1972, also vor mehr als einem halben Jahrhundert, ins Leben gerufen wurde, ist sie beim Staat stets auf wenig Interesse gestoßen, obwohl der IBE zu ihren individuellen und kollektiven Menschenrechten gehört. „Sie stellen Lehrer ein, weil sie Quechua, Shipibo, Asháninka oder die entsprechende Sprache sprechen, aber wenn sie in die Schule gehen, wenden sie den IBE nicht an. Manchmal unterrichten sie nur auf Spanisch, manchmal sprechen sie die Muttersprache der Kinder, aber alles andere lesen und schreiben sie auf Spanisch“, berichtete ein Analyst.

Im ganzen Land gibt es 24 000 Schulen, die dem IBE angeschlossen sind, wobei die meisten die Muttersprache der Schüler verstärken und sie auf Spanisch unterrichten. Die Bildungspolitik versucht sicherzustellen, dass die Schulbevölkerung der indigenen Völker zweisprachig ist und über mündliche und schriftliche Fähigkeiten verfügt, doch Studien lokaler Forscher zufolge sind immer weniger Erfolge sichtbar.

Trotz dieser prekären Situation zieht eine kleine Schule in der bäuerlichen Gemeinde Accollya in der Gemeinde Soccos, fast 3.400 Meter über dem Meeresspiegel, in der Provinz Huamanga, einer der 11 Provinzen von Ayacucho, eine positive Bilanz. In dem Anden-Departement, das von einem internen bewaffneten Konflikt betroffen war, den Peru zwischen 1980 und 2000 erlebte, wird die Schule von einer NRO unterstützt und verfügt über eine einzige Lehrerin mit 33 Jahren Erfahrung, die sich aber seit jeher aktiv für eine zweisprachige interkulturelle Erziehung durch Ausbildung und Vertiefungskurse einsetzt. „Ich arbeite montags bis donnerstags auf Spanisch und freitags auf Quechua, wobei ich die Hefte verwende, die uns das Ministerium für jedes Fach zur Verfügung stellt“, sagt die Lehrerin, die zehn Schüler der ersten, zweiten und dritten Klasse im Alter von sechs bis elf Jahren unterrichtet. „Die Resonanz der Kinder ist sehr gut, von der ersten Klasse an lernen sie lesen und schreiben, jetzt haben wir September und die Jüngsten können schon lesen. Das ist der Vorteil, wenn man verschiedene Klassen unterrichtet, denn sie motivieren sich gegenseitig“, betonte die Lehrerin.

Bedeutend ist auch der wichtige Beitrag der katholischen Kirche im Amazonasgebiet im Bereich der Bildung und des Gesundheitswesens, wo sie oft an die Stelle des Staates getreten ist. Hunderte von Missionaren waren im Laufe der Geschichte wahre Förderer der Achtung der Menschenwürde. Ordensleute und Laien aus Dutzenden von Ländern haben ihr Leben an den entlegensten Orten geopfert, um das Amazonasgebiet zu einem Ort des Zusammenlebens und der Achtung der Würde und der Rechte aller, insbesondere der Schwächsten, vor allem der indigenen Völker, zu machen.

Weitere Initiativen zur Förderung des Lernens und zur Einrichtung von Schulbibliotheken in diesen Gebieten umfassen das Engagement der „Yachacs“, der Weisen der Gemeinschaft, die generationenübergreifende Treffen veranstalten und die Schüler und ihre Familien zum Lesen anregen.

Die indigene Schulbevölkerung wird landesweit auf 1,2 Millionen geschätzt, wobei die überwiegende Mehrheit aus den Völkern der Quechua (700.000) und Aymara (300.000) aus den Andengebieten des Landes stammt und der Rest aus amazonischen Sprachgruppen wie Asháninka, Shipibo Konibo, Awajún und anderen.

Das Volk der Kukama Kukamiria lebt hauptsächlich im Departement Loreto, dem größten im peruanischen Amazonasgebiet. Nach Angaben des Kulturministeriums wird die Bevölkerung der Gemeinden des Volkes der Kukama Kukamiria auf 37.053 geschätzt. Davon haben 1.185 angegeben, dass sie die Sprache der Kukama Kukamiria sprechen, was einem Anteil von 0,02 % an der Gesamtzahl der einheimischen Sprachen des Landes entspricht.

(AP) (Fides 24/9/2024)

Sri Lanka: Präsidentschaftswahl

„Es besteht der Wunsch nach einem Wandel“

Colombo (Fides) - Zwei Jahre nachdem die Proteste in Sri Lanka zum Sturz des ehemaligen Präsidenten Gotabaya Rajapaksa geführt haben, bereitet sich das Land inmitten einer schweren Wirtschaftskrise auf die Wahl eines neuen Präsidenten vor. Siebzehn Millionen Wähler gehen am morgigen 21. September, zu den Urnen. Viele von ihnen haben sich an der Protestbewegung „Aragalaya“ (Kampf) beteiligt, die einen radikalen Wechsel des als korrupt angesehenen politischen Establishments forderte.

„Jetzt kann die Bevölkerung ihrem Wunsch nach Veränderung eine konkrete Stimme geben. Es besteht der Wunsch nach einem Wandel im Vergleich zur Vergangenheit, in der es an Transparenz mangelte und Straflosigkeit herrschte, und nach einer langen Zeit von 65 Jahren, in der immer die gleichen Parteien die politische Szene beherrschten. Die politische Krise ist da, und wir werden sehen, wie das Ergebnis der Wahl ausfallen wird. Wir beten und hoffen, dass Gott uns führt, dass er dem Land eine weise Führung schenkt und dass wir alle zum Wohle des Landes zusammenarbeiten“, so der Bischof von Badulla, Echchampille Jude Silva, im Interview mit Fides.

Es gibt drei Hauptanwärter für das Präsidentenamt in dem Inselstaat: Der scheidende Präsident Ranil Wickremesinghe, der nach dem Rücktritt Rajapaksas vom Parlament gewählt wurde, tritt als unabhängiger Kandidat an. Die wichtigsten Herausforderer sind der Oppositionsführer Sajith Premadasa und der Vorsitzende einer von marxistischen Parteien geführten Allianz, Anura Kumara Dissanayake.

Wickremesinghe versprach den Wählern, den Weg der wirtschaftlichen Erholung des Landes fortzusetzen. Er war es, der mit dem Internationalen Währungsfonds ein Rettungsdarlehen in Höhe von fast 3 Mrd. USD aushandelte und erwirkte, das Sri Lanka einen Umschwung ermöglichte, die schwere Lebensmittel- und Treibstoffknappheit linderte und die Inflation, die 70 Prozent erreicht hatte, reduzierte. Teile der Wählerschaft schätzten seine Arbeit zur Wiederherstellung der Stabilität. Heute ist die Inflation auf unter 5 % gesunken, und man muss nicht mehr Schlange stehen, um lebenswichtige Güter zu kaufen. Die Krise ist jedoch immer noch spürbar. Wickremesinghe hat im Rahmen der vom Währungsfonds auferlegten Sparmaßnahmen Subventionen gekürzt und Steuern erhöht. Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen, während die Löhne gleich geblieben sind. Dank der Kredite des Internationalen Währungsfonds und von Ländern wie China und Indien gelang es dem Land, den Bankrott zu vermeiden, aber die Bevölkerung spürt immer noch den Druck der enormen Verschuldung des Landes, die sich auf insgesamt 92 Milliarden US-Dollar beläuft (die Summe der Auslands- und Inlandsschulden). Mindestens 25 % der 22 Millionen Einwohner des Landes leben unterhalb der Armutsgrenze.

Außerdem wird Wickremesinghe immer noch als Teil der „alten politischen Garde“ angesehen, die die Demonstranten zu stürzen versuchten. Unterstützung findet daher auch der Führer der Nationalen Volksmacht, Anura Kumara Dissanayake, im Volksmund als „AKD“ bekannt, der mit seinen rednerischen Fähigkeiten die Massen anzieht und den Zorn vieler Wähler auf sich zieht. Das von ihm geführte Bündnis umfasst politische Parteien, Jugendgruppen, Organisationen der Zivilgesellschaft, Frauengruppen und Gewerkschaften, die hauptsächlich aus der Arbeiterklasse stammen. Da es sich um eine Koalition handelt, die noch nie regiert hat, wird sie auch als „etwas Neues“ wahrgenommen.

Der andere Präsidentschaftskandidat und Oppositionsführer, Sajith Premadasa von der United People's Power, steht als „dritter Weg“ zwischen den beiden anderen Anwärtern und schlägt einen „Mittelweg“ zwischen dem Status quo und radikalen Veränderungen vor.

In der Vergangenheit wurde die Wahl in Sri Lanka vor allem von ethnischen, religiösen oder Clan-Zugehörigkeitskriterien bestimmt, während diesmal voraussichtlich vor allem die Wirtschaft den Ausschlag bei der Wahl geben wird. Der Bischof von Ratnapura, Peter Antony Wyman Croos, sagt dazu im Interview mit Fides: „Alle hoffen auf eine Verbesserung der Wirtschaft, um den armen Menschen neue Möglichkeiten für ihren Lebensunterhalt zu geben. Die Krise ist immer noch spürbar, viele Familien leiden, es gibt Arbeitslosigkeit und die Menschen kämpfen, um über die Runden zu kommen. Alle Kandidaten haben versprochen, Sri Lanka in eine blühende Zukunft zu führen, neue Industrien zu entwickeln, die Landwirtschaft zu verbessern, neue Arbeitsplätze zu schaffen. In der Politik sehen wir selbst inmitten der Krise, dass es Menschen guten Willens gibt, von denen wir hoffen, dass sie für das wahre Gemeinwohl des Volkes regieren können“.

(PA) (Fides 20/9/2024)

Sudan: Humanitäre Lage außer Kontrolle

Khartum (Fides) - Fünf Monate Belagerung und Kämpfe haben die Bevölkerung von El Fasher, der Hauptstadt von Nord-Darfur, zermürbt. Die Stadt gilt als letzte noch existierende Bastion der sudanesischen Streitkräfte in einer Region, die heute fast vollständig von den rivalisierenden „Rapid Support Forces“ (RSF) von General Mohamed Hamdan „Hemedti“ Dagalo kontrolliert wird.

Mehr als 1,5 Millionen Menschen sind in der seit April/Mai belagerten Stadt und im nahegelegenen Flüchtlingslager Zamzam, 15 km südlich von El Fasher, akut gefährdet, wo etwa 260.000 Kinder leben und wo sich die humanitäre Lage zunehmend verschlechtert.

Soldaten einer Division der sudanesischen Streitkräfte (SAF) und Milizionäre mehrerer lokaler bewaffneter Gruppen, die gegen die RSF kämpfen, haben sich in der Stadt verbarrikadiert. Eine Koalition ungleicher Kräfte, die nur durch ihre gemeinsame Opposition gegen die RSF geeint sind, denen es aber bisher gelungen ist, sich gegen Dagalos Einheiten zu behaupten.

In der vergangenen Woche wurde die Stadt von einer heftigen Offensive der Rapid Support Forces heimgesucht, die nur knapp zurückgeschlagen wurde, wobei es auf beiden Seiten zu schweren Verlusten kam, wie Satellitenfotos zeigen, auf denen kürzlich ausgehobene Erdhügel zu sehen sind, die wahrscheinlich auf die Anlage von Massengräbern hindeuten. Angesichts der sich verschlechternden humanitären Lage in El Fasher hat die Afrikanische Kommission für Menschenrechte und Rechte der Völker (ein 1987 von der damaligen Organisation der Afrikanischen Union, der heutigen Afrikanischen Union, eingerichtetes Gremium) einen Aufruf zur Einstellung der Kämpfe veröffentlicht. „Die Afrikanische Kommission verurteilt in aller Deutlichkeit die Gräueltaten, die im Rahmen der anhaltenden Kämpfe in El Fasher an der Zivilbevölkerung verübt werden und die Hunderttausende von Flüchtlingen, die in der Stadt Zuflucht gefunden haben, ernsthaft gefährden“, heißt es in einer Erklärung vom 21. September. „Die Afrikanische Kommission für Menschenrechte fordert die Konfliktparteien nachdrücklich auf, alle Gewaltakte gegen Zivilisten einzustellen und die Grundsätze der Diskriminierung, der Notwendigkeit und der Verhältnismäßigkeit nach dem humanitären Völkerrecht uneingeschränkt zu respektieren.“ Das „Forum der internationalen Nichtregierungsorganisationen im Sudan“ (Sudan INGO Forum) hat seinerseits bei der UN-Generalversammlung einen Appell an die internationale Gemeinschaft gerichtet, zu intervenieren, um den im April 2023 ausgebrochenen Konflikt im Sudan zu beenden. „Der Sudan erlebt eine von Menschen verursachte Ernährungskrise von historischem Ausmaß, die größtenteils durch die Handlungen und Entscheidungen der Konfliktparteien unter Verletzung des humanitären Völkerrechts verursacht wurde“, so die Nichtregierungsorganisationen. „Im August 2024 sind mehr als 25 Millionen Menschen im Sudan von akuter Ernährungsunsicherheit bedroht, und mindestens 755.000 Menschen könnten in den kommenden Monaten an einer katastrophalen Hungersnot sterben, wenn die internationale Gemeinschaft nicht dringend und entschlossen handelt“, heißt es. Mehr als 10 Millionen Menschen sind seit Ausbruch des Konflikts im April 2023 aus ihrer Heimat geflohen. Damit ist der Sudan die weltweit größte Binnenvertreibungskrise, von der mehr als 5 Millionen Kinder und über 2 Millionen Menschen betroffen sind, die über die Grenzen in die Nachbarländer geflohen sind. Einige Gesundheitseinrichtungen berichten von fünf Todesfällen bei Kindern pro Tag.

(L.M.) (Fides 26/9/2024)

[top^](#)

Sudan: Weißes Haus fordert ein Ende des brutalen Krieges

International Christian Concern - In einer Erklärung rief US-Präsident Joe Biden diese Woche die sudanesischen Streitkräfte (SAF) und die schnellen Eingreiftruppen (RSF) auf, den brutalen Bürgerkrieg zu beenden, der seit mehr als einem Jahr andauert, fast 10 Millionen Menschen vertrieben und Zehntausende von Toten gefordert hat.

„Wir rufen alle Parteien auf“, heißt es in der Erklärung, „diese Gewalt zu beenden und sie nicht weiter anzuheizen, für die Zukunft des Sudan und für das gesamte sudanesische Volk.“

Abdel Fattah al-Burhan, der Anführer der SAF und einer der Hauptkriegsparteien in dem Konflikt, bestätigte Bidens Erklärung und betonte seinen Wunsch, über ein Ende des Konflikts zu verhandeln. Mohamed Hamdan Dagalo, Führer der RSF, äußerte sich in einer Erklärung in den sozialen Medien ähnlich.

Beide Seiten beschuldigen die jeweils andere Seite für Gräueltaten an Zivilisten, leugnen aber die Verantwortung für Angriffe auf Zivilisten selbst. „Die sudanesischen Streitkräfte bleiben den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts treu“, sagte al-Burhan. Er verurteilte die RSF für ihre „völlige Missachtung von Menschenleben“ und forderte die internationale Gemeinschaft auf, sie zur Rechenschaft zu ziehen.

In Wirklichkeit sind beide Seiten des Konflikts für unermessliches menschliches Leid verantwortlich und haben auf eine Weise gehandelt, die Zivilisten gezielt tötet, schädigt und vertreibt. Aus Angst, Druckmittel oder Vorteile auf dem Schlachtfeld zu verlieren, haben beide Seiten auch humanitäre Hilfe für die Bedürftigen blockiert. In diesem Zusammenhang forderte das Weiße Haus beide Parteien auf, „unverzüglich ungehinderten humanitären Zugang zu allen Gebieten des Sudan zu gewähren“ und ihre Entscheidungen, „lebensrettende humanitäre Maßnahmen zu verzögern und zu unterbrechen“, rückgängig zu machen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Ukraine: Dienst unter Binnenflüchtlingen

(Licht im Osten von M. W. aus Poltawa berichtet) : „Ich danke dem Herrn immer wieder, dass er uns als Familie inmitten der Schrecken des Krieges bis jetzt beschützt und unseren Dienst für ihn möglich gemacht hat ... Wir hatten vier Einsätze mit der mobilen Augenklinik ... 650 Patienten besuchten diese Angebote. 26 Menschen haben sich bekehrt, nachdem sie das Evangelium in der Bilderausstellung gehört hatten.“

☒ Bitte beten Sie für die Patienten, die ihr Herz für das Evangelium geöffnet haben, dass sie den lebendigen Gott immer besser kennenlernen und ihr junger Glaube gestärkt und gefestigt wird.

„Wir setzen unseren Dienst unter den Binnenflüchtlingen in Poltawa fort. Jede Woche nehmen 10 Gruppen mit insgesamt über 300 Personen am Bibelstudium teil. Nach jedem Treffen erhalten sie Lebensmittelpakete. Das Bibelstudium und die Hilfe in Form von Lebensmittelpaketen und Kleidung haben eine sehr positive Wirkung auf die Menschen, die wegen des Krieges ihre Häuser verlassen mussten. Die Menschen freuen sich aufrichtig und bedanken sich immer für die Hilfe.“ Wenn man näher nachfragt, wie es ihnen geht, beginnt manch einer zu weinen und erzählt von einem zerstörten Heim, von Arbeitslosigkeit ... Eine solche Geflüchtete war sehr dankbar, als Krankenschwester bei einem Einsatz mit der mobilen Augenklinik mitarbeiten zu dürfen. Sie sagte: „Ich bin so dankbar, dass Sie mich eingeladen haben, in einem so wunderbaren Team mitzuarbeiten. Solange ich mit euch im Einsatz war, wurde ich nicht von meinen Depressionen gequält.“ Eine andere Geflüchtete sagte bewegt: „Durch Ihren Bibelunterricht habe ich erkannt, wie wichtig es ist, zu beten. Gott lebt und erhört wirklich meine Gebete. Früher hatte ich nie gebetet.“ **Bitte beten Sie**

☒ für all diese Binnenflüchtlinge, dass sie weiterhin erleben, wie Gott für sie handelt und ihnen hilft. Und dass sie ihr Leben Gott anvertrauen und für ihn leben.

☒ um die nötigen finanziellen Mittel für den Bau des Gemeindehauses und um weiteres Gelingen beim Ausbau.

Weltweit: Lausanner Bewegung veröffentlicht „Erklärung von Seoul“

Vierter Kongress für Weltmission ist gestartet

Incheon (IDEA) – Zu Beginn des vierten Lausanner Kongresses für Weltmission ist die [„Erklärung von Seoul“](#) veröffentlicht worden. Der Kongress findet vom 22. bis 28. September im südkoreanischen Incheon bei Seoul statt. Erwartet werden rund 5.000 Teilnehmer aus etwa 200 Staaten. Die Lausanner Bewegung setzt sich weltweit für Mission ein. Wie das Lausanner Organisationskomitee mitteilte, soll das Dokument zusammen mit dem unlängst veröffentlichten über 500 Seiten langen Report [„State of the Great Commission“](#) (Stand des Missionsbefehls) während des Kongresses die Grundlage für „tiefgreifende und theologische Überlegungen und strategische Maßnahmen“ bilden. Wie der Lausanne-Kongressdirektor David Bennett am 22. September in einer Pressekonferenz äußerte, baut die Erklärung von Seoul auf das „Erbe der Lausanner Bewegung“ auf, nämlich auf die [Lausanner Verpflichtung \(1974\)](#), das [Manifest von Manila \(1989\)](#) und die Verpflichtung von [Kapstadt \(2010\)](#). Die neue Erklärung solle diese Grundlagendokumente nicht ersetzen, sondern ergänzen und neue Einsichten in die aktuellen theologischen und missionarischen Herausforderungen vermitteln.

Der Missionsbefehl gilt weiterhin

Im Vorspann der „Erklärung von Seoul“ heißt es, die Kirche habe im Missionsbefehl (Matthäus 28,18-20) den Auftrag bekommen, Menschen zu taufen und sie zu lehren. Auch der Apostel Paulus habe den Glauben der Christen stärken wollen, damit sie ebenfalls in der Lage sind, „sich falschen Lehren zu widersetzen, die die Wahrheit des Evangeliums zu untergraben drohen“. Allerdings habe die Kirche in den vergangenen 50 Jahren nicht ausreichend für die notwendige Lehre gesorgt, die Menschen helfe, eine „biblische Weltsicht“ zu entwickeln. Die Kirche habe es oft versäumt, „neue Gläubige so zu erziehen, dass sie dem Ruf Christi zu radikaler Nachfolge“ im Alltag folge. Sie habe sich auch schwer getan, ihre eigenen Führungskräfte zu befähigen, auf verzerrte Darstellungen des Evangeliums zu reagieren: „Folglich sind wir beunruhigt über die Zunahme falscher Lehren und pseudochristlicher Lebensstile, die zahlreiche Gläubige von den wesentlichen Werten des Evangeliums wegführen.“

Auf die Auslegung achten

Die Erklärung befasst sich mit den wichtigsten theologischen Lücken, die für die Stärkung der globalen Mission heute von „Lausanne“ als notwendig erachtet werden. So heißt es in dem Dokument, ein Grundpfeiler der Lausanner Bewegung sei von Anfang an das unerschütterliche Bekenntnis zur Bibel als Gottes Wort gewesen. Diese Achtung der Heiligen Schrift habe jedoch nicht immer zu einer Art von treuer Bibelauslegung geführt, die den Auftrag der Kirche stärke, christusähnliche Jünger zu machen. Die Bejahung einer hohen Auffassung von der Heiligen Schrift erfordere daher eine Art des Bibellesens, die auf ihren historischen, literarischen und kanonischen Kontext achte, vom Heiligen Geist erleuchtet und von der Auslegungstradition der Kirche geleitet werde. „Die entscheidenden Aussagen über die Bibel, die die Kirche heute am dringendsten braucht, betreffen nicht nur das Wesen der Bibel, sondern auch ihre Auslegung: wie man die Bibel treu in der Gemeinschaft der Heiligen aller Zeiten und Orte lesen kann.“

Über die Lausanner Bewegung

Die Lausanner Bewegung ist aus dem Lausanner Kongress zur Weltevangelisation 1974 in Lausanne (Schweiz) hervorgegangen. Dieser war der Startschuss für die Vernetzung der internationalen evangelikalen Bewegung. Damals wurde deutlich: Die Evangelikalen sind in der Christenheit neben der römisch-katholischen Kirche und dem Weltkirchenrat (ÖRK) eine vitale Kraft. Bis heute bringt die Bewegung christliche Führungskräfte aus der ganzen Welt zusammen, um gemeinsam die drängendsten Fragen der Weltmission anzugehen. Bislang haben drei Kongresse zur Weltevangelisation stattgefunden: Nach Lausanne folgte 1989 Manila (Philippinen) und 2010 Kapstadt (Südafrika). Die Erklärungen der Kongresse dienen der weltweiten evangelikalen Bewegung als Grundsatzpapiere. Das Motto des diesjährigen Kongresses lautet „Let the Church Declare and Display Christ Together“. (Die Kirche soll Christus gemeinsam verkünden und offenbaren). Geschäftsführender Vorstand der Lausanner Bewegung ist seit 2013 der aus Südkorea stammende US-Amerikaner Michael Oh.

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]